Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1931

40 (17.2.1931)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Geingesandts-anzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeter-zeile 50 Pfennig • Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels, bei gerichtlicher Beitreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt • Erfüllungs- und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. • Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark • Ohne Zustellung 2.20 Mark • Durch die Post 2.06 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr • Postscheckkonto 2650 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020 und 7021 • Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptstraße 9; B.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 4

Nummer 40 | Karlsruhe, Dienstag, den 17. Februar 1931 | 51. Jahrgang

Deutsche Justizschande

Schützt die Polizei gegen deutsche Richter – Den Justizskandalen muß ein Ende bereitet werden

Berlin, 17. Febr. (Funkdienst.) Die sozialdemokratische Fraktion hat im preußischen Landtag folgende große Anfrage eingebracht:

„In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen die Polizei bei ihrem Vorgehen gegen nationalistische Ausschreitungen von den Gerichten im Stich gelassen wird. Die wegen strafbarer Handlungen festgenommenen Nationalsozialisten werden von den gleichen Gerichten, die gegen Ruhestörer von der äußersten Linken regelmäßig schwere Strafen verhängen, mit auffallender Gleichmäßigkeit freigesprochen oder zu lächerlich geringen Strafen verurteilt. Den Angeklagten werden die dürftigsten Ausreden geglaubt. Ebenso werden ihre Entlastungszeugen, die regelmäßig nichts gesehen haben wollen, von den Gerichten für glaubwürdig erklärt, auch wenn es sich um offenbar einstudierte Schutzaussagen von Gesinnungsgenossen und nahen Angehörigen der Angeklagten handelt. Die Polizeibeamten aber, die auf frischer Tat die nationalistischen Verbrecher festgenommen haben, finden auch mit bestimmtesten und flüssigsten Aussagen bei den Gerichten keinen Glauben. Vielfach müssen sie es sich noch gefallen lassen, von dem Verhandlungsleiter ironisiert und lächerlich gemacht zu werden.

Der Polizeipräsident von Dortmund hat auf diese Mißstände bereits in einer Beschwerde an die preußische Staatsregierung hingewiesen.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Kassel. Es wird hier verwiesen auf die Freisprechung des Nationalsozialisten Georg Fischer und Oberleutnant Jung, auf die Freisprechung der Eheleute Hoppenrath; sämtliche genannten Freisprüche unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Funk. Ferner wird verwiesen auf die auffällig geringen Geldstrafen in den Fällen des nationalsozialistischen Redakteurs Wolfgang Bergemann wegen Beleidigung eines Landrats, sowie des nationalsozialistischen Agitators Herbert Köhler wegen Republikbeschimpfung. Beide Male unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kulenkamp, der gegen Linksradikale regelmäßig erhebliche Gefängnisstrafen zu verhängen liebt.

Mehrfach ist von verantwortlichen Polizeileitern schon geäußert worden, daß die Polizei einfach außerstande sei, ihren Aufgaben gegen rechtsradikale Ausschreitungen nachzukommen, wenn sie hinterher von den Gerichten in dieser Weise desavouiert würde. Dieser Zustand bedeutet zweifellos eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Wir fragen an: Was gedenkt die Staatsregierung hiergegen zu tun?"

Verfallserscheinungen bei den Nazis

Die nationalsozialistische Welle ist im Abflauen. Das ist der allgemeine Eindruck, der jetzt bei der Durchführung der sozialdemokratischen **Abwehrbewegung** im Lande gewonnen wird. Als objektive Gründe dafür kann man feststellen, daß einmal der panische Schrecken, den der Ausfall des 14. Sept. gewissen ängstlichen Bevölkerungskreisen eingeflößt hat, zu weichen beginnt, da sich noch immer nicht das geringste Anzeichen für die „Ersinnung" des 3. Reiches bemerkbar macht, und daß weiterhin auch für den einfachsten Mann immer deutlicher die großen politischen und wirtschaftlichen Schäden sichtbar werden, die das **großmäulige, verantwortungslose** und **gewalttätige** Auftreten der **Hakenkreuzler** dem deutschen Volke in der kurzen Zeit seit ihrem Wahlsieg geschlagen hat. Eine Zeitlang hat man in manchen Kreisen das organisierte Hitlerbanditentum für den Ausdruck der Zeitgesinnung, im besonderen des aktiven Lebenswillens der deutschen Jugend angesehen und stand im Banne des Eindrucks ihrer militaristischen Disziplin. Diese illusionären Stimmungen sind verflogen und nur der üble Nachgeschmack ihres rüpelhaften und anmaßenden Auftretens ist zurückgeblieben.

Neben diesen objektiven Gründen sind an manchen Orten auch Gründe subjektiver Art bestimmend für den Rückgang der nationalsozialistischen Bewegung. **Fabrikanten,** die sich von ihr eine Schwächung der unbequemen Gewerkschaftsbewegung erhofften oder von ihrem Sieg eine Rückwärtsrevidierung der sozialen Gesetzgebung, vor allem der Arbeitslosenversicherung erwarteten, unterstützten sie mit Geld, bezahlten die Autos für den Transport der Sturmabteilungen über Land und kauften Eintrittskarten für die nationalsozialistischen Versammlungen zur Verteilung unter ihre Angestellten. Auch diese Geldgeber haben ein Haar in der Suppe gefunden, und so zeigen sich jetzt auch in Orten, die als „Hochburgen" der Bewegung galten, die ersten Zeichen des Verfalles.

Ein solcher Fall liegt in der **württembergischen Fabrikstadt Trossingen** vor, dem Zentralsitz der Harmonikaindustrie, wo die Unterstützung der Bewegung durch einen Fabrikanten, der mit „völkischen" Komplexen ausgestattet war, sogar zur Gründung eines eigenen örtlichen Blattes mit dem stolzen Namen „Der Bürger" geführt hat. Wochenlang trug man Tausende von Exemplaren dieses Blattes gratis in die Häuser und nahm sogar auch gratis Geschäftsanzeigen auf. Aber es hat alles nichts genützt, nicht einmal der bauernfängerische Titel, den man dem Blatte gegeben hat. Die Bürger und vor allem die Arbeiter lehnten den Bürger wegen seines Gassenbubentones ab, und er ist jetzt, da sein Defizit so groß war, daß der Geldgeber es nicht mehr decken wollte oder konnte, eines seligen Todes entschlafen. So wie es in dieser „Hochburg" Trossingen ging, dürfte es aber sehr bald auch an anderen Plätzen kommen und den Krebsgang der Bewegung sichtbar werden lassen.

Panama am Rhein

Der Flaggenwechsel macht Schule

Der **Flaggenwechsel der Reederei Vogemann,** die zwei ihrer Ueberseeschiffe unter die Flagge des mittelamerikanischen Scheinstaates Panama stellte, hat in ganz Deutschland großes Aufsehen erregt. Die Empörung der Oeffentlichkeit hat ihren Grund in der allbekannten Auffassung, daß ein die Flagge streichendes Kriegsschiff vor dem Feind kapituliert und ein Handelsschiff, das das gleiche tut, treulos das Vaterland im Stich läßt. Was im Fall der Reederei Vogemann die Gemüter empört, ist in der **Binnenschiffahrt am Rhein** fast **tagtägliches Vorkommnis.** Die deutschen Rheinreeder, unter denen Namen glänzen wie Stinnes, Thyssen, Homiel und die der Großen vom Stahltrust, Kohlenkontor, aus der Chemie usw., klagen unausgesetzt über den Rückgang der deutschen Flagge auf dem Rhein.

Mit dem Fall Vogemann hat der **Fall deutsche Rheinreeder** alles, bis aufs letzte, gemeinsam. Auch die Rheinreeder bleiben Eigentümer der Schiffe, auch die **Rheinreeder streichen die deutsche Flagge,** weil sie den Kriegsfolgen entrinnen wollen. Sie denunzieren Steuerlasten, hohe Löhne, halbwegs erträgliche Arbeitsbedingungen und sozialpolitische Verpflichtungen als die Ursache ihrer **Vogemännerei.** Nur in einem Punkt übertrumpfen sie ihren Kollegen vom großen Wasser: während die Ausfuhr von Seeschiffen verboten ist, ist sowohl die Ausfuhr von **Binnenschiffen** wie auch der **Vorwelte Flaggenwechsel gesetzlich verboten** — sofern der Reichskanzler, d. h. in der Praxis das Reichswirtschafts- und Reichsverkehrsministerium, keine Ausnahme zuläßt. Als die Gefahr bestand, daß Frankreich trotz der Ablieferung deutscher Binnenschiffe wegen „Verletzung der Reparationsbestimmungen" weitere Schiffe beschlagnahmen würde, wie es auch tatsächlich geschah, kamen Unternehmer-, Arbeiter- und Regierungsvertreter überein, nach Notwendigkeit deutsche Schiffe unter neutrale Flagge zu bringen. Das geschah z. B. mit einem großen Teil der Flotte **Fendel-Mannheim;** dabei war jedoch der **Bedingung** der **Arbeitervertreter** zugestimmt worden, daß diese Schiffe deutsche Besatzung führen müßten zu **deutschen Tariflöhnen** und unter Wahrung der sozialpolitischen Interessen des Personals und das ging auch bis in die letzten Jahre hinein. Jetzt aber macht die Firma Fendel sich die ausländische Flagge zunutze: sie will nur noch **holländische** Löhne zahlen bei Fortfall der sozialpolitischen Rechte der Arbeiter und der sozialen Manteltarifbestimmungen. **Der badische Staat ist bei Fendel mit 50 Prozent beteiligt.** Ueber den Rhein-See-Konzern hat auch das Reich Einfluß auf die Dinge. Es müßte also schon Mittel und Wege geben, die Firma Fendel zur Anerkennung des Grundsatzes zu Treu und Glauben zu erziehen.

Nach dem Rheingutachten sind 40 Prozent der holländischen und 80 Prozent der schweizerischen Rheinflotte **deutscher** Besitz. Man sieht, es gibt noch zahlreiche Schleichwege, die deutsche Flagge auf dem Rhein durch ausländische zu ersetzen. Es gibt auch einen „legalen" Weg, deutsches Kapital vor deutscher Belastung zu bewahren: man läßt im Ausland **bauen.** Wenn eine deutsche Reederei in Holland ein Fahrzeug bestellt — und man läßt es wegen der billigeren Eisenpreise fast nur in Holland bauen — gibt sie nicht selten ein altes Schiff zum Abwracken mit in Zahlung. Das Ende vom Lied ist, daß **ein altes und ein neues** deutsches Schiff unter holländischer Flagge fahren. Alle in Holland gebauten deutschen Schiffe setzen natürlich von vornherein die holländische Flagge und sind in Deutschland von Steuern, Lasten und Löhnen befreit.

Man hat in der Rheinschiffahrt seiner Zeit nicht nur die abgelieferte Tonnage neu beschafft, sondern darüber hinaus auch noch in Holland eine „Konkurrenzflotte" bauen lassen, und diese Konkurrenzflotte dient jetzt den deutschen Rheinreedern, unter denen die **Werkreedereien** mit ihrem Interesse an **niedrigen** Frachttarifen maßgebend sind, als Begründung für ihren Verrat an der deutschen Flagge, für ihre Flucht vor deutschen Steuern, vor deutschen Tariflöhnen und sozialpolitischen Lasten. Sie selbst aber bleiben in Deutschland und genießen deutschen Schutz.

Mussolini bestiehlt Italien

Berlin, 17. Febr. (Funkdienst.) Wie die Vossische Zeitung aus Innsbruck meldet, hat Mussolini der österreichischen Heimwehr allein im Jahre 1929 2½ Millionen Lire zur Verfügung gestellt. Das Geld wurde s. Zt. über Budapest dem Attaché der ungarischen Gesandtschaft in Wien überwiesen und dort von Pabst übernommen.

Zur Krise in Spanien

Sanchez Guerra mit der Kabinettsbildung beauftragt

Madrid, 16. Febr. Der König hat **Sanchez Guerra** mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Beim Verlassen des königlichen Schlosses erklärte Guerra: „Der König hat mir mit allen Einzelheiten die Entwicklung der Krise erläutert. Er hat mich über alle Besprechungen, die er mit den verschiedenen Politikern geführt hat, auch über seine Aussprache mit Santiago Alba unterrichtet. Der König hat mit mir über alle Schwierigkeiten gesprochen, mit denen Spanien gegenwärtig zu kämpfen hat und mich zum Schluß gebeten, die Regierungsbildung zu übernehmen. Ich habe dem König geantwortet, daß ich versuchen werde, seinem Wunsche nachzukommen. Ich bin also beauftragt, eine Regierung „in partibus" zu bilden und werde sehen, ob ich die Bildung des Kabinetts durchführen kann, was ich für Spanien im Augenblick für nötig halte."

Auf eine Frage der Journalisten, ob **verfassungsgebende** Cortes einberufen werden würden, antwortete Guerra in zustimmendem Sinne.

Madrid, 16. Febr. Als Sanchez Guerra um 3.30 Uhr nachmittags sein Haus verließ, erklärte er Zeitungsvertretern, er begebe sich ins **Gefängnis,** um die politischen Gefangenen zu besuchen. Seiner Meinung nach müßten **Republikaner** und **Sozialisten** in die **Regierung aufgenommen** werden. Er rechne auf die Unterstützung aller Konstitutionalisten und hoffe, ein Kabinett bilden zu können, in dem **alle** Schattierungen der öffentlichen Meinung, darunter auch die **Sozialisten,** vertreten sein werden, obwohl dies schwierig sei.

Nach den letzten Meldungen scheinen die Sozialisten Sanches Guerra nicht unterstützen zu wollen. Sollte dies zutreffen, so wäre es nicht unwahrscheinlich, daß Melquiades Alvarez mit der Bildung des Kabinetts beauftragt würde, der dann vielleicht auf die Mitarbeit der Sozialisten rechnen könnte.

Reichspräsidentenwahl in Finnland

Helsingfors, 16. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Am Montag nachmittag traten die 300 finnischen Wahlmänner zur Wahl des neuen finnischen **Reichspräsidenten** zusammen. Der erste Wahlgang verlief ergebnislos. Es erzielten an Stimmen: Der Sozialdemokrat Tanner 19; Svinhufvud von der Lappogruppe 88; der Kandidat der Agrarierpartei Kallio 64 und der frühere Präsident Stahlberg 58 Stimmen.

Helsingfors, 16. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Im Verlauf der Reichspräsidentenwahl blieb der Kandidat der Lappoliste, Premierminister **Svinhufvud** im dritten Wahlgang Sieger. Er wurde mit 151 gegen 149 Stimmen gewählt, die auf den von den Liberalen und Sozialisten unterstützten Kandidaten Stahlberg entfielen.

Industrie-Friedensbesprechungen bei Macdonald

London, 16. Febr. Der Premierminister hat den nationalen Verband der Arbeitgeberorganisation sowie den Generalrat des Gewerkschaftskongresses eingeladen, am kommenden Donnerstag mit ihm die allgemeine industrielle Lage vom Standpunkt der **Aufrechterhaltung** des **industriellen Friedens** zu besprechen. Die Besprechungen werden in Downingstreet stattfinden und der Premierminister wird die beiden Organisationen gesondert empfangen.

Um die Kriegsopferhilfe in Amerika

Washington, 17. Febr. (Funkdienst.) Das Repräsentantenhaus nahm am Montag nach heftiger Debatte mit 363 gegen 39 Stimmen eine **Veteranenhilfsvorlage** an, nach der alle Kriegsbeschädigten 50 Prozent der ihnen zustehenden jährlichen Entschädigung sofort in bar erhalten können. Bisher wurde den Kriegsbeschädigten auf Antrag nicht ganz ein Viertel der Entschädigung in bar im Voraus ausgezahlt. Die Regierung wandte sich entschieden gegen die Vorlage, weil sie die Bereitstellung außergewöhnlich hoher Mittel erfordert und von ihrer Verwirklichung eine ernste Gefährdung der Stabilität der amerikanischen Finanzen befürchtet. Falls der Bundessenat sich der Vorlage ebenfalls anschließen sollte, ist mit einem Einspruch des Präsidenten zu rechnen.

Ein interessanter Konflikt

Paris, 16. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Zwischen der Kammer und Regierung ist ein heftiger Konflikt in der Frage der **Arbeitslosenunterstützung** ausgebrochen. Im Verlauf der Beratung des Budgets für das Arbeitsministerium hatte die sozialistische Fraktion die Bewilligung eines Notstandskredits von 100 Millionen Franken für die Unterstützung der Arbeitslosen gefordert. Die Regierung wollte unter Hinweis auf das recht knappe Gleichgewicht des Budgets 20 Millionen bewilligen. Als man sich nicht einigen konnte, wurde der sozialistische Antrag an die Finanzkommission zurückverwiesen. Bei der am Montag abgehaltenen Kommissionsberatung hielten es die reaktionären Abgeordneten für eine besonders schlaue Taktik, den sozialistischen Antrag zu überbieten und 200 Millionen anzufordern. Mit diesem demagogischen Antrag fielen sie aber gründlich herein. Die Kommission bewilligte die 200 Millionen mit der knappen Mehrheit von 2 Stimmen. Man darf gespannt sein, wie die Kammer und die Regierung sich zu diesem **unerwarteten Antrag der Kreditanforderung stellen werden.**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus dem Nazilager

Waffenstillstand zwischen SA. und Partei

Der Auszug der nationalsozialistischen Fraktion aus dem Parlament hat nicht nur die starken Spannungen innerhalb der Fraktion und der Partei, er hat auch die großen Gegensätze zwischen der politischen und der militärischen Hitlerbewegung vorübergehend zum Schweigen gebracht. Die scheinbar revolutionäre Tat, die aktivistisch aussieht, ohne zu wirklichen revolutionären Folgerungen in der Politik der Hitler-Partei zu führen, ist eine Tat so recht nach dem Herzen der Sturmabteilungen. Die SA., die politisch wenig oder gar nicht geschult ist und geschult wird, glaubt darin einen Beweis zu sehen, daß die revolutionären und aktivistischen Elemente in der Partei die Führung an sich gerissen und die legalen, verbürgerlichten Bestandteile in den Hintergrund gedrängt haben.

Die SA., eine unglückliche Mischung von proletarisch-sozialistischen Elementen mit einem Schuß Landsknechttum und radaulustigen „Schlägern", im Kern von einem romantischen Sozialismus erfüllt und durch den „Kampf gegen den verbrecherischen Marxismus" (von „Kampf gegen die Reaktion" wird in der Hitler-Partei seit dem 14. September nicht mehr gesprochen!) gegen die andersgesinnten Arbeiter aufgehetzt, wird weniger durch politische Bande, als vielmehr durch die starke Kameradschaft und die bewußt gepflegte militärische Disziplin zusammengehalten. Sie befindet sich zurzeit ganz in der Hand ihrer SA.-Führer, die geschickt die gefühlsmäßig starke Gegnerschaft gegen die Verbonzung und Verbürgerlichung der Hitler-Partei für ihre Zwecke ausnutzen. Seit dem 14. September ist in der Partei ein scharfer Kampf um die SA. im Gange, bei dem bisher die Partei und Adolf Hitler den Kürzeren gezogen hat. Der augenblickliche Waffenstillstand in diesem Ringen wird jeden Kenner der inneren Verhältnisse nicht darüber täuschen können, daß dieser Kampf jeden Tag wieder aufs neue entbrennen kann.

Die Partei hat sich nicht nur bemüht, durch stärkere soziale Fürsorge die SA. fester in ihre Hand zu bekommen — das Neueste auf diesem Gebiete sind SA.-Heime in Berlin, in denen arbeitslose und andere SA.-Leute für ein billiges Entgeld wohnen und essen können —, einzelne politische Führer der Hitler-Partei bemühen sich durch ein besonders betontes scheinrevolutionäres Auftreten, die SA. von ihren militärischen Führern zu lösen und hinter sich zu bringen. In Berlin tobt hier ein besonders scharfer Kampf zwischen Goebbels, dessen Ehrgeiz und persönlicher Machtwille keine Grenzen kennt und eines Tages selbst Adolf Hitler gefährlich werden kann, und Hauptmann Stennes, dem obersten SA.-Führer für den gesamten Osten Deutschlands. Goebbels, der ja einmal selbst sein eigenes Büro von SA.-Leuten verwüsten lassen mußte, hat durch den Remarque-Sturm wieder an Ansehen gewonnen und will jetzt nach dem Auszug durch ein billiges Märtyrertum seine Popularität noch verstärken. Er hat den Willen und Wunsch, durch seine Reden die Regierung so weit zu reizen, daß sie ihn verhaften läßt und er als „Terror-Opfer des Systems" im neuen Glanz vor seinen Leuten erstrahlt. Da in preußischen Gefängnissen keine Reitpeitschen zu fürchten sind, hofft er, durch eine wirkliche Gefängniszeit zu dem revolutionären Ansehen zu gelangen, das ihm der Hindenburgprozeß nicht eingebracht hat.

Aber Hitler selbst kann es Stennes nicht vergessen, daß er, Hitler, in seinem Bemühen nach den Konflikten im vergangenen Herbst die rebellische SA. wieder in seine und damit in Münchener Hände zu bringen, nicht im geringsten vorangekommen ist. Zwar hat Hitler den Hauptmann von Pfeffer, übrigens ein Vetter des bekannten Ernst von Salomon, von seinen sämtlichen Posten entfernen können (in diesen Tagen wurden ihm die letzten Möglichkeiten genommen: er mußte die Führung des nationalsozialistischen Automobilkorps an den neuen SA.-Stabschef Hitlers, Hauptmann Röhm, abgeben!), aber sein Kampf gegen Stennes kommt nicht von der Stelle. Röhm, der den Auftrag hatte, die verschiedenen Osaf-Posten aufzulösen und die 28 SA.-Gaustürme direkt München zu unterstellen, hat diese Aufgabe bis heute nicht zu lösen vermocht; nicht nur Stennes als Osaf-Ost, auch die anderen Osafs haben sich durch die schönsten Angebote nicht verlocken lassen, ihre Machtstellungen aufzugeben. So wartet man eine bessere Zeit ab, um die bei der SA.-Revolte im vorigen Jahre so unbequem gewordenen Stennes und Genossen kaltzustellen.

Mit welchen Mitteln aber hierbei gearbeitet wird, zeigt der vor einigen Tagen von dem Otto Straßer-Kreis veröffentlichte Originalbrief eines Berliner Sturmführers, der bei der damaligen SA.-Revolte einer der aktivsten war; der Brief wirft ein bezeichnendes Licht auf die inneren Verhältnisse der Partei. Er hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 4. September 1930.

An Osaf-Ost, Berlin

Die letzten Ereignisse in der Partei, insbesondere die Aussprache zwischen dem Parteichef und den Safo in der Nacht vom 31. August bis 1. September haben deutlich gezeigt, daß Adolf Hitler nicht der Mann ist, für den wir ihn bis jetzt alle gehalten hatten, nämlich der wahre Führer, und daß der Kurs der Partei nicht mehr der alte ist. In dieser Nacht wurde uns allen, angefangen vom Obf. bis zum letzten Sturmi, klar, daß die NSDAP. nicht mehr die Partei ist, die Deutschland retten wird.

In dieser Aussprache wurden gegen Osaf-Ost (also gegen Stennes, D. Red.) die schwersten Vorwürfe erhoben. Er wurde vom Parteichef, wenn auch nicht offen, so doch versteckt, der Lockspitzelei verdächtigt und es wurde erklärt, daß Osaf-Ost bereits vor zwei Jahren seinen Austritt aus der NSDAP. erklärt hatte, um eine neue Partei zu gründen, da er bei der Mandatsaufstellung seinerzeit nicht genügend berücksichtigt worden wäre. Es wurde also dem Osaf-Ost übelste Postenjägerei vorgeworfen. Im Kriegervereinshaus aber hat ihm Hitler das vollste Vertrauen seitens der Partei ausgesprochen!

Von unserer Seite sind uns unsere politischen Führer, wie Dr. Goebbels, Hauptmann Göhring, Wilke, Muchow als Schweinehunde hingestellt worden. Im Kriegervereinshaus brüllte alles: Dr. Goebbels Heil, Heil und nochmals Heil!

Ich lege deshalb hiermit meine Funktion als Sturmführer mit sofortiger Wirkung nieder und erkläre gleichzeitig meinen Austritt aus der NSDAP. gez. Unterschrift.

Dieser Brief, der ein wenig in die Hintergründe der Führerrivalität hineinleuchtet, ist keineswegs überholt.

Der Kampf ist noch nicht beendet. Zur Zeit herrscht nur ein Waffenstillstand.

Die Diätenfrage im Reichstag

Der Aeltestenrat des Reichstages ist für Donnerstag vormittag zu einer Sitzung einberufen worden, in der über den Antrag der Nationalsozialisten, die durch die Abwesenheit der Rechtsopposition ersparten Diäten den Erwerbslosen zur Verfügung zu stellen, entschieden werden soll.

Aus aller Welt

Schneesturm in Ungarn

Budapest, 16. Febr. Der starke Schneesturm und die Schneeverwehungen, die heute in den mittleren Landesteilen einsetzten, führten auf der Südbahn zu völliger Stillegung des Eisenbahnverkehrs, die erst gegen 5.30 Uhr nachmittags teilweise behoben werden konnte. Da zahlreiche Telegraphen- und Telephonleitungen durch den Sturm umgerissen wurden, haben die Budapester Stationen des West- und Ostbahnhofes mit einigen Teilen der Provinz keine Verbindung. Wie die Staatsbahndirektion um 7 Uhr abends mitteilte, können einige wichtige Schnellzüge auf den Strecken nur mit großen Verspätungen abgefertigt werden. Im Bezirk Steinamanger können mit Ausnahme der Linie Raab—St. Gotthard keine Züge verkehren. Der Bezirk Fünfkirchen ist wegen Störung der Telefonlinie von Budapest abgeschnitten.

Budapest, 16. Febr. Nach einer Mitteilung der Donau-Save-Adria-Bahn sind durch die Schneestürme die Bahnlinien der Gesellschaft vollkommen eingeschneit, so daß vom Budapester Bahnhof keine Personenzüge abfahren und auch keine dort einlaufen. Zur Freilegung der Strecken wurden Hilfszüge mit Arbeitern an die betreffenden Stellen entsandt, die aber infolge der noch immer tobenden Schneestürme mit der Arbeit nur sehr langsam vorwärts kommen. Die Freimachungsarbeiten werden auch dadurch sehr erschwert, daß die Telefonverbindungen vielfach unterbrochen sind. Vorläufig ist es noch ganz unbestimmt, wann der Verkehr wieder aufgenommen werden kann.

Eisenbahnzug seit drei Tagen im Schnee festgehalten

Paris, 16. Febr. Wie aus Toulouse gemeldet wird, steckt auf der Strecke Toulouse—Puigorda zwischen den Stationen Porte und Porta schon seit Samstag ein Zug im Schnee fest. 42 Reisende mußten in Porte Zuflucht suchen.

Millionenschaden der Erdbebenkatastrophe in Hastings und Napier

London, 16. Febr. Einer Meldung des Daily Telegraph aus Wellington zufolge haben Architekten und Baumeister auf einer Konferenz den an den Gebäuden in Hastings und Napier angerichteten Schaden auf zehn Millionen Pfund Sterling geschätzt. Davon entfallen neun Millionen auf Geschäfts- und eine Million auf Wohnhäuser. Waren, Mobilar usw. sind nicht eingerechnet.

Nach Unterschlagung von 100 000 Mark geflüchtet

Frankfurt a. M., 16. Febr. Ein Kaufmann namens Karl Wilhelm Becker, der neben seiner Stellung bei einer hiesigen Firma **auch als Vermögensverwalter tätig war, ist nach Unterschlagung** einer großen Summe — man spricht von 100 000 ℳ — geflüchtet.

Verhaftungen wegen Verbrechens gegen das keimende Leben

Bielefeld, 16. Febr. (Eig. Meldung.) Die hiesige Kriminalpolizei hat den Verleger des Stadtwächter, Lohmann, dessen Ehefrau, den Redakteur Kamete, sämtlich aus Bielefeld, einen Freund dieses Redakteurs und eine weitere Person aus Osnabrück verhaftet. Sie haben nach anfänglichem Leugnen gestanden, sich gegen den § 218 des Strafgesetzbuches (Abtreibung) vergangen zu haben. Die Ermittlungen darüber, ob und wieweit Gewerbsmäßigkeit dabei in Frage kommt, sind noch nicht abgeschlossen. Beteiligt sind weitere Personen aus Bielefeld, Osnabrück und anderen Orten. Als der Redakteur sich überführt sah, entriß er dem durchsuchenden Kriminalbeamten wichtiges Beweismaterial und suchte es zu vernichten. Die Festgenommenen sind in das Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Haftbefehl wegen Unterschlagungen beim Arbeitsamt Berlin-Ost

Berlin, 16. Febr. Die wegen Veruntreuung beim Arbeitsgericht Ost angeschuldigten Angestellten Wilhelm Bertram, Albrecht Opp, Herbert Jung, Rudolf Reginbotin und Bruno Götzke wurden heute dem Vernehmungsrichter beim Polizeipräsidium vorgeführt. Gegen sämtliche Vorgeführte wurde Haftbefehl wegen Verdachts der Urkundenfälschung, des Betrugs und der Unterschlagung erlassen.

Schiffsunglück in China — 100 Personen ertrunken

Neuyork, 16. Febr. Associated Preß meldet aus Kanton, daß ein mit 500 Personen besetzter Dampfer auf einen Felsen im Pearl River aufgelaufen und gesunken ist. Von den Passagieren, die soeben das chinesische Neujahr gefeiert haben, sollen etwa 100 ertrunken sein. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Das „Mädchen mit dem Weinglas"

Der Haushaltausschuß des Braunschweigischen Landtags beschloß mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten, den Verkauf des bekannten Vermerschen Bildes „Das Mädchen mit dem Weinglas" zu verhindern. Das berühmte Gemälde war vom Vorstand der braunschweigischen Museumsstiftung für 2,7 Millionen Mark an den Berliner Kunsthändler Schäfer verkauft worden. Auf Grund des Beschlusses des Haushaltausschusses wird der Verkauf nicht ausgeführt.

Fünf Millionen verschwendet

Herbert Mundy, ein früherer englischer Fliegeroffizier, hat sich in der französischen Stadt Royan das Leben genommen. Mundy hatte vor zwei Jahren von seinem Großvater 5 Millionen Mark geerbt, die er bis auf den letzten Heller verschwendet hat. Er ist verlassen von seinen Freunden in einem Armengrab beigesetzt worden.

3000 chinesische Bergarbeiter verunglückt

Times meldet aus Peking: Entgegen der Behauptung der südmandschurischen Eisenbahngesellschaft bleiben chinesische Blättermeldungen dabei, daß bei der letzten Bergwerkskatastrophe in Fuschun mehr als 3000 chinesische Bergleute umgekommen seien.

Faschistenführer wegen Rundfunkattentat verhaftet

Der Vorsitzende und der Sekretär der belgisch-faschistischen Organisation „Nationale Legion" wurden in Brüssel verhaftet. Die Verhaftung erfolgte im Zusammenhang mit der Explosion einer Feuerrakete im **Gebäude des belgischen Rundfunks**. In einem anonymen Schreiben war dieses Attentat für den Fall angekündigt worden, daß anläßlich der „Sozialistischen Stunde" im Rundfunk die Internationale gespielt werden würde. Bei einer Haussuchung in dem Lokal der faschistischen Organisation „Nationale Legion" wurde am Samstag eine Schnur gefunden, die der bei der Rakete benutzten genau glich. Nach ihrer Verhaftung gestanden der Vorsitzende und der Sekretär der faschistischen Organisation, die Urheber der Explosion gewesen zu sein. Sie wollen jedoch die ganze Sache mehr als Scherz gedacht und nicht erwartet haben, daß die Rakete irgend welchen Sach- oder gar Personenschaden anrichten würde. Tatsächlich erlitt ein Besucher des Rundfunks erhebliche Brandwunden.

Naziverleumdung gegen Sozialdemokratie

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Naziprese hat dieser Tage eine Mitteilung verbreitet, wonach bei einem **Arbeitsamt des Berliner Westens** 1½ Millionen Goldmark Arbeitslosenunterstützung an Doppelverdiener, an Verstorbene und an Leute, die überhaupt nicht existierten, ausgezahlt worden seien. Im Anschluß an diese Meldung schrieb der Völkische Beobachter: „So verschieben die marxistischen Bonzen die Gelder, die für die Hungernden bestimmt sind. An welchen schmutzigen Fingern sind die Millionen hängen geblieben?"

Das **Landesarbeitsamt Brandenburg** hat auf Grund dieser Mitteilung bei der Staatsanwalt München **Strafantrag** wegen verleumderischer Beleidigung gestellt.

Es gibt **überall räudige Schafe**, wie die Unterschlagungen beim Berliner Arbeitsamt Ost zeigen. Kein Unternehmen ist dagegen sicher. Aber nur Leute, die am meisten Anlaß haben, vor ihrer eigenen Türe zu kehren, bringen es fertig, jede Lumperei in irgend einem Arbeitsamt sofort der Sozialdemokratie aufs Konto zu schreiben.

Hochverratsprozeß

Leipzig, 16. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem vierten Strafsenat des **Reichsgerichts** begann am Montag ein Prozeß gegen **31 Mitglieder** der **Kommunistischen** Partei, die sämtliche wegen Hochverrats beschuldigt sind. Die Angeklagten haben im vergangenen Jahre aus einem Gebäude der Militärverwaltung in Leipzig-Gohlis 264 Gewehre und ein schweres Maschinengewehr gestohlen. Die Gewehre wurden im Bezirk Leipzig-Leutzsch versteckt und vergraben. Die Angeklagten stehen im Alter zwischen 25 und 45 Jahren. Die Verteidigung wird von nicht weniger als fünf Rechtsanwälten geführt.

Die Verteidigung machte gleich nach Eröffnung der Verhandlungen einen Vorstoß gegen den Vorsitzenden Reichsgerichtsrat Schmitz, der sich im Polizeikostenstreit zwischen dem Reich und Thüringen in einer Weise geäußert habe, daß die Vermutung nahe liegt, daß er mit der Nationalsozialistischen Partei sympathisiere. Reichsgerichtsrat Schmitz erklärte, daß er sich nicht für befangen halte. Das Gericht verwarf daraufhin den Antrag auf Ablehnung des Vorsitzenden, dann wurde mit der Vernehmung der aus der Haft vorgeführten Angeklagten begonnen.

Das neue Reichsdefizit

Die **Reichsfinanzen** schließen den Monat Dezember im ordentlichen Etat mit einer Mehrausgabe von 353,1 Millionen und im außerordentlichen Etat mit einer Mehreinnahme von 26,3 Millionen Mark.

Damit ergibt sich für die Zeit von **April bis Dezember 1930** ein **Gesamtdefizit von 119,5 Millionen Mark.**

Dieses Defizit setzt sich wie folgt zusammen: Im ordentlichen Etat ergibt sich bis Ende Dezember ein Fehlbetrag von 867,7 Millionen Mark. Dazu kommt noch ein Fehlbetrag von 15 Millionen Mark aus den Vorjahren (die schwebende Schuld von 465 Millionen, die durch außerordentliche Tilgung bis auf 15 Millionen Mark verringert worden ist). Somit ergibt sich also für den ordentlichen Etat ein Fehlbetrag von 882,7 Millionen Mark. Für den außerordentlichen Etat liegen Mehreinnahmen bis Ende Dezember in Höhe von 464,9 Millionen Mark vor. Dadurch wird der Fehlbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 771,7 Millionen bis auf 306,8 Millionen Mark abgedeckt.

Die Reichsschuld wird mit 10,37 Milliarden Mark für Ende Dezember ausgewiesen gegenüber 10,505 Milliarden Ende September. Die schwebende Schuld erhöhte sich in der Zeit von Ende November bis Ende Dezember geringfügig von 1727,2 Millionen auf 1735,6 Millionen Mark.

Nazilümmelei

Der Geschäftsführer der Nazifraktion des Reichstags, Herr **Stöhr**, der als Vorstandsmitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ein hohes Gehalt ohne jede Gegenleistung bezieht, hat auf den letzten Brief des Reichstagspräsidenten Löbe in Sachen der **Diäten** für die Nazigeordneten eine Antwort erteilt, über deren Inhalt u. a. Folgendes berichtet wird:

„Die Antwort des nationalsozialistischen Abgeordneten Stöhr schließt zwar mit der Formel: „Mit vorzüglicher Hochachtung" und enthält die übliche Anrede: „Sehr geehrter Herr Präsident", aber enthält so heftige Angriffe gegen den Reichstagspräsidenten und bringt diese Angriffe in so schroffer Form vor, daß der Abdruck des Briefes mit Rücksicht auf die für Verbreitung von Beleidigungen bestehenden Strafbestimmungen nicht möglich erscheint.

Der **Ton** dieses Briefes paßt zu der Gesinnung der Nazifraktion, wie das von Herrn Stöhr vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband ohne jede Gegenleistung bezogene Gehalt zu dem Antrag seiner Fraktion auf Auszahlung der von den Nazigeordneten längst in Empfang genommenen Diäten an die Arbeitslosen.

Aufmarsch des Berliner Reichsbanners am 22. Februar

Berlin, 17. Febr. (Eig. Meldung.) Anläßlich der Bundesgründungs-Feier des Reichsbanners am 22. Februar ist es der Leitung des Bundes gelungen, mit dem Berliner Polizeipräsidium Vereinbarungen zu treffen, nach denen das Reichsbanner in geschlossenen Zügen marschieren darf. In dem dann stattfindenden Aufmarsch der Schutzformationen des Reichsbanners wird sich ein Vorbeimarsch an dem Bundespräsidenten Hörsing anschließen.

Justiz und Kommunisten

Minden, 16. Febr. (Eig. Drahtbericht.) In Bad Oeynhausen wurden **18 Kommunisten** zu Gefängnisstrafen zwischen 6 Monaten und einem Jahr verurteilt. Die Angeklagten hatten sich kürzlich vor dem Mindener Rathaus zusammengerottet und gedroht, es zu stürmen. Als Rädelsführer beteiligte sich der einzige kommunistische Stadtverordnete. Der Staatsanwalt hatte gegen die Hauptangeklagte u. a. 3, 5 Jahre Ehrverlust beantragt.

Die Wahlreform

In den Reichsratsausschüssen findet heute (Dienstag) die zweite Lesung der **Wahlrechtsreformvorschläge** statt. In der Vollsitzung am Donnerstag soll dann die Verabschiedung der Reform im Reichsrat erfolgen. Die Vorlage wird also voraussichtlich noch im Februar dem Reichstag zugehen. Wie das VDZ.-Büro erfährt, ist es aber wenig wahrscheinlich, daß der Reichstag die Wahlreform in nächster Zeit in Angriff nimmt. Er wird sich vielmehr darauf beschränken, die Vorlage dem Ausschuß zu überweisen, der dann im Herbst die Beratung beginnen könnte.

Der Reichskredit perfekt

Die Verhandlungen des Reiches mit dem unter Führung von Lee Higginson u. Co. stehenden ausländischen Bankenkonsortium über die Benorschussung der Reichsbahnvorzugsaktien haben heute zum Abschluß des Kredites von 32 Millionen Dollar geführt.

Freistaat Baden

Landesbestimmungen über Förderung des Wohnungsbaues

Der Minister des Innern gibt im Staatsanzeiger (Karlsruher Zeitung) die Landesbestimmungen über die Förderung des Wohnungsbaues bekannt. Die **öffentlichen Mittel** sind zum Bau von **Kleinwohnungen** und zur Erhaltung von Altwohnungen dieser Art zu verwenden durch Gewährung von Baudarleben und Zinszuschüssen, sowie zur Deckung der Ausfälle bei Bürgschaften. Das Land gibt seine Mittel als Darleben oder als Zuschüsse an die Wohnungsverbände und verbandsfreien Gemeinden mit der Verpflichtung, daraus den Wohnungsbau nach diesen Bestimmungen zu fördern. Die **Wohnfläche** der Wohnungen soll 32—45 Quadratmeter betragen und bei Wohnungen, die für Familien mit Kindern bestimmt sind, 60 Quadratmeter nicht überschreiten. Der Flachbau ist überall dort zu wählen, wo die örtlichen Verhältnisse nicht unbedingt den Bau von Gebäuden mit größerer Geschoßzahl erfordern. Reihenhausbau ist zu bevorzugen. Flachbauten mit Gartenland verdienen besondere Förderung, desgleichen Wohnungsbauten, die als Reichsheimstätten vergeben werden. Die Kosten für den Bauplatz, die Aufschließung und die Anliegerleistungen sollen 10 bis 12 der Gesamtherstellungskosten nicht überschreiten. In **großen Städten** sind, soweit möglich, die Wohnungen zu geschlossenen Anlagen nach einheitlichen Typen zusammenzufassen. Bei der Auswahl des Baugeländes ist auf die Verkehrsverhältnisse und auf die Lage des Bauplatzes zu den öffentlichen Einrichtungen und Anstalten Rücksicht zu nehmen. Die Bauten sollen in bezug auf Größe, Anordnung, Raumzahl und Raumhöhe die notwendigsten Anforderungen nicht überschreiten und sollen den Grundsätzen einer gesunden und würdigen Baukunst entsprechen. Auf **gute Belichtung** und Besonnung der Wohn- und Schlafräume ist zu achten. Leistungsfähige Architekten sollen bei Planung und Ausführung beigezogen werden. Die Ausstattung soll wirtschaftliche und einfache Führung des Haushalts erleichtern, muß aber jeden überflüssigen Aufwand vermeiden. Von privaten Bauherrn sind **Kriegsbeschädigte** und **Familien mit Kindern** zu bevorzugen. Die Finanzierung des Bauvorhabens muß einwandfrei gesichert sein. Mit öffentlicher Hilfe sind nur Wohnbauten zu fördern, bei denen sich Mieten ergeben, die wirtschaftlich tragbar sind. In der Regel dürfen die Mieten 150 Prozent der Friedensmiete entsprechender Altwohnungen nicht übersteigen und sollen für die Kleinwohnungen zwischen 30 und 40 RM. im Monat liegen. Die öffentlichen Mittel sind für Baudarleben an den Bauherrn oder für Zinszuschüsse zu verwenden. Die Baudarleben werden als wertbeständige Hypothekendarlehen gegeben. Sie sind vorerst mit mindestens 3 Prozent zu verzinsen und mindestens 2 Prozent unter Zuwachs der ersparten Zinsen zu tilgen, spätestens aber nach Ablauf von 10 Jahren zurückzuzahlen. Das **Baudarleben** soll zwei Drittel der Gesamtherstellungskosten und im Durchschnitt in Wohnungsverbänden den Betrag von 2400 Goldmark und in verbandsfreien Gemeinden den Betrag von 3000 Goldmark nicht übersteigen. Bei Wohnungsbauten für kinderreiche Familien, für Schwerkriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, Eigenheimen und Genossenschaftswohnungen kann ein Zusatzdarlehen gegeben werden. In sehr vielen Fällen wird es sich empfehlen, statt Zusatzdarlehen Zinszuschüsse zu gewähren. Diese sollen zunächst nur auf fünf Jahre bewilligt werden, eine Verlängerung auf 10 Jahre kann in Aussicht gestellt werden.

Die Lage der Privateisenbahnen in Baden

Dem Landtag ist eine ausführliche **Denkschrift** des Staatsministeriums über die Lage der Privateisenbahnen in Baden zugegangen. Die 17 badischen Privatbahnstrecken umfassen etwas über 500 Kilometer. In der Abhandlung über die technische und wirtschaftliche Einrichtungen der Privatbahnen wird gesagt, daß sich die Art der Verwaltung der Bahnen durch das Personal der Reichsbahn sehr gut bewährt habe. Im Benehmen mit dem Reichsbevollmächtigten für Privatbahnaufsicht in Karlsruhe hat das Finanzministerium bei der Notlage der meisten Privateisenbahnen sich veranlaßt gesehen, auf schonliche **Aufsichtsführung** bedacht zu sein. Oberste Richtlinie war dabei die Erhaltung der **Betriebssicherheit**. Der zweite Teil der Denkschrift befaßt sich eingehend mit der Einrichtung staatlicher **Kraftwagenlinien** in Baden. Sie gibt der Meinung Ausdruck, die Reichsbahndirektion Karlsruhe habe wohl in den letzten Jahren auch erkannt, daß sie eines erheblichen Teiles des Abwehrkampfes gegen Kraftwagenlinien enthoben wäre, wenn sie im Jahre 1920 dem Angebot der badischen Regierung entsprochen und das damalige staatliche Kraftwagenliniennetz auf Grund des Eisenbahnstaatsvertrages mit übernommen und in der Folgezeit ausgebaut hätte. Die Einrichtung von Kraftwagenlinien sei allerdings fast durchweg wirtschaftlich **unbefriedigend**, wenn genau gerechnet werde. Die Denkschrift erörtert dann die Wege und Mittel zur Abwehr des Wettbewerbs des Kraftwagens bei den Nebenbahnen. Die Denkschrift setzt sich schließlich für eine Rationalisierung der Verwaltung der Privatbahnen ein und vertritt den Standpunkt, daß die **weitere Erhaltung** der Privateisenbahnen mit allen Mitteln anzustreben sei.

Regelung der Hybridenfrage

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Am 14. Januar hat in Karlsruhe unter dem Vorsitz des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft eine **Besprechung** mit Vertretern der Landesregierungen von Bayern, Württemberg und Baden über die Hybridenfrage stattgefunden. Reichs- und Landesregierungen waren **einstimmig** der Ansicht, daß das Verbot des Anbaues der Hybriden, wie es in Z. 33 der Grundsätze für die Ausführung der §§ 1—3 des Gesetzes betr. Bekämpfung der Reblaus in der Verordnung der Verordnung vom 7. März 1929 ausgesprochen ist, in vollem Umfang aufrechtzuerhalten und streng durchzuführen ist und daß neben der Strafverfolgung im Falle der Uebertretung, auch die verbotswidrig angepflanzten Hybriden amtlicherseits wieder zu entfernen sind. Die Landesregierungen werden dafür Sorge tragen, daß der Vorschrift der erwähnten Verordnung in Zukunft volle Geltung verschafft wird. Da nach dem neuen Weingesetz das Inverkehrbringen des **Hybridenweines vom Herbst 1935 ab verboten** ist, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erstmalig im laufenden Jahr größere Beträge bereitgestellt, um den Hybridenbesitzern die Umstellung ihrer Hybriden auf eine andere Kultur zu ermöglichen. Die Durchführung der hierzu notwendigen Maßnahmen wird in die Hände der Landesregierungen gelegt. Nach den in der Besprechung in Karlsruhe festgestellten Grundsätzen soll die für die Umstellung zu gewährende Beihilfe den Betrag von 3000 ℳ je Hektar nicht überschreiten. Die **Wahl der Kulturart**, auf die im einzelnen umgestellt wird, bleibt dem **Besitzer** der Hybriden von Fall zu Fall überlassen. Ebenso soll ihm überlassen bleiben, in welcher Form er die Beihilfe überhaupt haben will. Die Zuweisung der **Beihilfe** soll zu dem Zeitpunkt erfolgen, zu dem die neue Kultur angelegt wird. Unabhängig von der beabsichtigten allgemeinen Umstellung sind die Hybriden **in den reblausverseuchten Gemarkungen in möglichster Frist gegen Entschädigung zu entfernen.**

Heine-Ehrung in Düsseldorf

Anläßlich des 75. Todestages des Dichters Heinrich Heine wird die Stadtverwaltung von Düsseldorf, der Geburtsstadt Heines, an seinem Grabe auf dem Pariser Montmartre-Friedhof einen Kranz niederlegen lassen. Eine Sammlung zur Errichtung eines Heine-Denkmals in Düsseldorf ergab bisher 33 000 ℳ. Mit diesem Betrage dürfte die Ausführung des Denkmals gesichert sein. In den nächsten Tagene soll bereits ein Wettbewerb ausgeschrieben werden.

Heinrich Heine (1797—1856)

Volkswirtschaft

Badische Beamtenbank und Berliner Grundbesitz

Der Berliner Börsen-Courier teilt mit: Die Badische Beamtenbank, eine der bekanntesten süddeutschen Genossenschaftsbanken, beabsichtigt schon seit längerer Zeit ihre Berliner Grundstücksinteressen zu liquidieren. Es handelt sich um 19 Hausgrundstücke im Berliner Westen, die in der Gudrun G.m.b.H. zusammengefaßt sind. Gegen die Gudrun G.m.b.H., deren Anteile sich ausschließlich im Besitze der Badischen Beamtenbank bzw. deren Verwaltungsratsmitglieder befinden, hat im Jahre 1929 ein Zwangsversteigerungsverfahren geschwebt. Außerdem ist die Bank mit einer Hypothek von 3 000 000 ℳ an einem Terrain in Frohnau bei Berlin interessiert, das 300 Hektar groß ist. Diese Hypothek soll, wie wir hören, seit 1927 notleidend sein. Die Verkaufsverhandlungen, die mit mehreren Interessenten der Grundstücke und des Terrains wegen geführt worden sind, scheinen jedoch bislang ein positives Ergebnis nicht gebracht zu haben, denn, wie jetzt verlautet, beabsichtigt die Beamtenbank ihren gesamten Berliner Immobilienbesitz in eine neu zu gründende Aktiengesellschaft einzubringen, deren Aktien im Besitz der Bank bzw. ihr nahestehender Personen verbleiben sollen. — In Kreisen der Genossenschaftsmitglieder ist man über diese Transaktion beunruhigt, da eine Veräußerung des Immobilienbesitzes an eine von der Beamtenbank selbst kontrollierte Aktiengesellschaft nicht die Liquidierung dieser Millionen-Verlustposten bedeuten würde."

Die Handelskammer Mannheim veröffentlicht in der Presse eine Erklärung, worin lebhaft darüber geklagt wird, daß die Finanzämter in der Auslegung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes auf die überaus prekäre Lage der badischen Wirtschaft keine Rücksicht genommen hätten, typisches Beispiel dafür biete die Einstellung der badischen Finanzverwaltung zu der Frage der Anwendung des sogenannten Schachtelprivilegs bei der Veranlagung zur badischen Gewerbesteuer.

Zum Vertrag der Reichsbahngesellschaft mit der Speditionsfirma Schenker ist der Reichsverkehrsminister der Ueberzeugung, daß die Frage, ob die Genehmigung der Reichsregierung erteilt werden könne, der genauesten Prüfung durch die Reichsregierung bedürfe, da der Vertrag eine Reihe von Bestimmungen enthalte, die zu den ernstesten Bedenken Anlaß geben müßten.

Internationaler Reallohnvergleich

Die deutschen Arbeitgeber sind in Genf mit ihrer Forderung, das Internationale Arbeitsamt solle seine Reallohnvergleichsstatistik einstellen, abgeblitzt. Der Verwaltungsrat beschloß mit 17 gegen 1 Stimme, d. h. gegen die des deutschen Arbeitgebervertreters, die Erhebung zum Zweck einer internationalen Vergleichung der Reallöhne fortzusetzen und die Methoden der Erhebung auszubauen und zu verbessern.

Im Zeitalter des Lohnabbaus sind den Unternehmern naturgemäß internationale Reallohnvergleiche besonders unangenehm. Am liebsten wäre es ihnen, wenn sie ewig unter Hinweis auf den Mangel brauchbarer Statistiken Reallohnvergleiche von vornherein ablehnen und im Trüben fischen könnten. Die Arbeiterschaft hat aber ein sehr großes Interesse daran, mit Hilfe brauchbarer internationaler Reallohnvergleiche Lohndumping und Schmutzkonkurrenz zu bekämpfen.

Prinz Karneval

Gemeindepolitik

Rußheim will keinen Hitlerbürgermeister

Bei der am Sonntag stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde der Kandidat der vereinigten Parteien, Ludwig Zwecker II, mit 565 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Der Gegenkandidat, Gemeinderat Friedrich Haas, Mitglied der Hitlerpartei, erhielt 267 Stimmen. Stimmberechtigt waren 940. Von den 843 abgegebenen Stimmen waren 11 ungültig. Das Wahlergebnis hat somit bewiesen, daß die Einwohner von Rußheim für das dritte Reich nicht so erbaut sind, wie die hiesigen Hitlerführer glaubten. Wir fürchten hier auch nicht das Köpferollen und die hiesigen SA.-Leute. Als anständige Menschen wünschen wir den Hitlern gute Erholung von ihrem Schrecken. Bis dahin: Heil!

Gemeinderatsbeschlüsse

Söllingen (Sitzung vom 12. Februar)

Um der Gefahr eines erneuten Ausbruchs der kaum erloschenen Maul- und Klauenseuche vorzubeugen, wurde beschlossen, an den Landwirt Adolf Wenz für Notschlachtung einer neuangekauften Kuh den Betrag von 80 ℳ zu vergüten. — Zwecks Kapitalaufnahme wird ein landwirtschaftliches Anwesen geschätzt. — Die Zahlungsbedingungen für den Stammholzverkauf werden festgesetzt. — Ein von Dr. Riehm ins Krankenhaus verwiesener fremder lediger Wohlfahrtserwerbsloser soll, wenn möglich, bei Privatleuten untergebracht werden. — Der von einem Mitglied des Gemeinderats getätigte Ziegenbockkauf wird gutgeheißen. — Zwei nachgesuchte Stundungsgesuche betreffend Verpflichtung an die Gemeindekasse wird Genehmigung erteilt. — Eine Obstbaumbeschädigung auf Gemarkung Kleinsteinbach gelegentlich der Holzhauerei im Gemeindewald, soll durch den Gemeindebaumwart geschätzt werden. — Als Hagelschadenschätzer wird der seitherige Vertreter Gemeinderat Christoph Müller wieder ernannt. — Das Kulturbauamt Karlsruhe legt zur Entwässerung der Jahn-, Blumen- und Körnerstraße Pläne und Kostenvoranschläge in Höhe von 13 000 ℳ vor. — Von einem längeren Schreiben der hiesigen Steinbruchbesitzer an den Gemeinderat, als Antwort auf die Auffassung des Bürgermeisters in Sachen Belieferung der Gemeinde mit Steinen, wird Kenntnis genommen. — Der Erlös aus der letzten Brennholzversteigerung beträgt 7333.50 ℳ. Es wird beschlossen, den Pflichtanteil der Beiträge zur Angestelltenversicherung für den Kanzleigehilfen Berthold Wenz auf Gemeindekosten zu übernehmen. — Einem Gewerbetreibenden wird infolge wesentlichen Rückganges seines Betriebes auf Ansuchen die Hälfte des Wasserzinses erlassen. — Ein vom Krankenhaus entlassener junger Mann soll vor Aufnahme in das Genesungsheim „Hub" vorerst in einem Gasthaus Unterkunft erhalten. Verschiedene zum Teil wichtige Beratungsgegenstände werden, da der Bürgermeister und ein Mitglied des Gemeinderats in der Sitzung nicht anwesend sind, auf die nächste Sitzung vertagt.

Partei-Nachrichten

Forchheim. In der Generalversammlung des Sozialdem. Vereins gab Genosse Karle den Geschäftsbericht. Er wies darauf hin, daß die heutige Wirtschaftskrise mit all ihren Erscheinungen auch an uns nicht spurlos vorübergegangen sei. Haben wir doch auch hier eine Anzahl treuer Mitglieder, die seit Monaten aus dem Arbeitsprozeß herausgerissen sind. Die Wirtschaftskrise mit all ihren Folgen kann wohl Wunden schlagen, aber in der Entwicklung können wir nicht gehemmt werden. Die Reichs- und Gemeindewahlen haben gezeigt, daß trotz aller Wahlmache des Zentrums unsere Partei festgefügt da steht. Erfreulich war die Stimmenzunahme der Frauen, zumal wenn man berücksichtigt, mit welchen Mitteln vom Pfarrhof seit Jahr und Tag gegen die Partei und unser Volksbaus gearbeitet wird. In der Jugend liegt unsere Zukunft, und da gilt es, Aufklärung zu schaffen in Gemeinschaft mit dem Arbeitersportkartell. Die Kommunisten ziehen durch die Neuwahl mit 4 Gemeindeverordneten ins Rathaus ein. Es wird sich zeigen, ob sie ihre reinen Agitationsanträge weitertreiben oder praktische Arbeit zu leisten versuchen. Das letztere ist kaum anzunehmen, um bei ihrem Parteigott nicht in Ungnade zu fallen. Die sozialdemokratische Fraktion kann die Dinge in Ruhe abwarten. Die Einführung der Lernmittel entsprechend dem Mehrheitsbeschluß des Bürgerausschusses vom Jahr 1929 wird zu Ostern 1931 für alle Schulklassen durchgeführt sein. Charakteristisch ist in dieser Frage die Haltung des Zentrums. Diese Partei ist heute noch Gegner der Einführung der Lernmittelfreiheit. Da sie nun eingeführt sind, müßte man annehmen, daß die Anregung des Herrn Pfarrer Dorer beim Gemeinderat das Magnifikat ebenso mitzuliefern, bei seinen Getreuen auf Widerstand stoßen wird. Wir wollen abwarten. Die Zahl der Volksfreundleser hat sich gegenüber dem Vorjahr gut gehalten, ist aber keineswegs befriedigend. Die Gründe bei der Agitation zum Zeitungsabonnement liegen zumeist in wirtschftaitlichen Umständen. Oeffentliche Wählerversammlungen fanden 2, Mitgliederversammlungen 10 statt, wissenschaftliche Vorträge 3. Ein Jahr Arbeit für die Partei liegt hinter uns. Neue Arbeit steht bevor. Mit Agitationsmethoden, wie dies bei den Kommunisten und Hakenkreuzlern der Fall ist, kann nicht geholfen werden. Uns Sozialdemokraten stehen andere Aufgaben bevor, bei Einigkeit und Geschlossenheit wird es uns gelingen, sie zu erfüllen. f.

Theater und Musik

Badisches Landestheater. Nach Abschluß der Fastnachtsveranstaltungen mit dem sechsten Kabarettabend am Dienstag, 17. Februar, tritt mit Mittwoch, 18. Februar, der regelmäßige Spielplan wieder in seine Rechte und bringt zum Gedenken des 150. Todestages Gotthold Ephraim Lessings (gest. am 15. Februar 1781) eine Neueinstudierung des Trauerspiels „Emilia Galotti" mit Elisabeth Bertram in der Titelrolle. Am Donnerstag, 19. Februar, geht Meyerbeers große Oper „Die Hugenotten" neu einstudiert zum zweitenmal und am Freitag, 20. Februar, Kreutzers neu einstudierte Oper „Das Nachtlager in Granada" zum drittenmal für die Volksbühne in Szene. — Am Samstag, 21. Februar, gelangt die Komödie „Sturm im Wasserglas" von Bruno Frank zur hiesigen Erstaufführung. — Die Vorstellungen des Sonntags, 22. Februar, sind im Landestheater: nachmittags die unverwüstliche Operette „Meine Schwester und ich" und abends Smetanas Oper „Die verkaufte Braut", im Konzerthaus: die Operette „Wie werde ich reich und glücklich?" Als nächste Erstaufführung des Schauspiels wird Franz Werfels Drama „Das Reich Gottes in Böhmen" vorbereitet.

Liederabend Ruth Porita. Ruth Porita ist eine vielseitige Künstlerin. Ihr Programm, das für den Liederabend zusammengestellt war, brachte neben Guitarreliedern im Original auch Harfensoli. Den Beschluß bildeten Mahler-Lieder. Man ist der einheimischen Liedersängerin dankbar, daß sie einmal aus dem reichen Schatz der Schubertschen Guitarrenliedern einige markante Schöpfungen verlebendigte. Rut Porita singt mit weicher schmiegsamer Stimme, deren Klang sich mit dem Saitenton der Guitarre innig vermählt. Dadurch, daß Ruth Porita ihre eigene Begleiterin ist, gewann die Darbietung der Lieder eine in sich fest gerundete Abgeschlossenheit. Wie die Konzertgeberin die Guitarre technisch vorzüglich meistert, so versteht sie auch die Davidsharfe des hiesigen Harfenbauers Klingele gleich trefflich zu spielen. Die Wiedergabe der Schumannschen Stücke löste eine starke Stimmung aus. Mit leicht betontem Humor sang Ruth Porita Mahler-Lieder, die Direktor Munz mit diskreter Anpassung begleitete. Die zahlreiche Zuhörerschaft spendete lebhaften Beifall. St.

Gewerkschaftsbewegung

Nazi und Arbeit in Heeresbetrieben

Osnabrück, 16. Febr. (Eig. Drabt.) Das Landesarbeitsgericht entschied sich am Montag dahin, daß die Zugehörigkeit von Heeresangestellten zur Nationalsozialistischen Partei zur Kündigung berechtige. Das Arbeitsgericht Wilhelmshaven hatte in der gleichen Sache auf das Gegenteil erkannt.

Ein Elektriker der Reichsmarinewerft in Wilhelmshaven wurde vor mehr als einem Jahr wegen seiner Mitgliedschaft zur NSDAP. gekündigt. 12 Monate später strengte der Nazi beim Arbeitsgericht Wilhelmshaven Klage an. Das Gericht gab dieser Klage statt, weil Artikel 118 der Reichsverfassung ausdrücklich besage, daß jeder Deutsche innerhalb der allgemeinen Gesetze das Recht auf Meinungsäußerung habe. Er dürfe daher in seinem Arbeitsverhältnis nicht behindert oder benachteiligt werden. Eine Benachteiligung aber sei durch die Kündigung erfolgt. Weiter hieß es in der Begründung des Gerichts, daß die NSDAP. eine legale Partei sei.

Gegen diese Entscheidung legte die Reichsmarinewerft beim Landesarbeitsgericht Osnabrück Berufung ein. Durch ihren Rechtsvertreter ließ die Werft ausführen, daß die Reichsverfassung kein unmittelbar anzuwendendes Recht darstelle. Sie sei nur ein Programm für die spätere Gesetzgebung. Wenn durch den Artikel 118 der Reichsverfassung dem Staat die Möglichkeit einer disziplinarischen Strafe genommen würde, so käme man zu einem unhaltbaren Zustand. Dann müsse beispielsweise auch eine Kirche einen Pfarrer weiter beschäftigen, der Atheist sei. Der Artikel 118 gestatte die freie politische Betätigung nicht schlechthin, sondern nur im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung. Schon aus den Grundsätzen von Treu und Glauben ergebe sich, daß dem Staat nicht zugemutet werden könne, jemanden zu beschäftigen, der ihn offen angreife. Der Einspruch des Klägers beruhe auf § 84 des Betriebsrätegesetzes, der die Anrufung des Betriebsrates gestattet, wenn begründeter Verdacht besteht, daß die Kündigung wegen politischer Betätigung erfolgt sei. Bei derartigen tendenziösen Betrieben wie die Reichsmarinewerft müssen gewisse Beschränkungen gelten. Nach dem § 67 des Betriebsrätegesetzes seien tendenziöse Betriebe derartige Betriebe, die politischen und militärischen Zwecken dienen. Der § 85 besage ausdrücklich, daß das Recht des Einspruchs bei derartigen Betrieben nicht gelte. Die Marinewerft sei zweifellos ein militärischer Betrieb und die in Artikel 118 zugesicherte freie politische Meinungsäußerung findet im Rahmen der vorhandenen allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen ihre klar ausgedrückte Einschränkung.

Das Landesarbeitsgericht entschied dahin, daß das Urteil erster Instanz abgeändert und der Kläger abgewiesen werden müsse. In der Begründung seiner Entscheidung schließt sich das Gericht im wesentlichen der von dem Rechtsvertreter der Reichsmarinewerft vertretenen Auffassung an.

Kündigungen in Ruhrbergwerken

Essen, 16. Febr. Infolge Absatzschwierigkeiten haben sich eine Anzahl Bergbauunternehmungen genötigt gesehen, beim Stillegungskommissar Entlassungen von Arbeitern in größerem Umfange zu beantragen. So wollen die Bergwerksgesellschaften Hibernia in Herne im ganzen 450 Arbeiter, die Rheinische Stahlwerks-A.G. in Essen 590 Arbeiter und Angestellte, die Bergbaugruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke 1600—1700 Bergarbeiter entlassen. Die Rheinische Stahlwerke A.G. in Essen nimmt an, daß über ihren Antrag hinaus in der nächsten Zeit noch weitere Kündigungen ausgesprochen werden müssen.

Fünftagewoche in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 16. Febr. (Eig. Meldung.) Wie die B. Z. a. M. mitteilt, ist heute das Abkommen in Kraft gesetzt worden, das zwischen den Gewerkschaften und dem Verband Berliner Metallindustriellen abgeschlossen wurde zu dem Zweck, einen weiteren Abbau von Angestellten und Arbeitern zu verhindern. Die Durchführung des Abkommens bedeutet für die Arbeiter die **Einführung der Fünftagewoche**, für die Angestellten späteren Arbeitsbeginn und früheren Arbeitsschluß.

Verlorene Liebesmühe

Holzarbeitgeber gegen Verständigung

Die **zentralen Verhandlungen** im Holzgewerbe sind **endgültig gescheitert**. Nach dem ergebnislosen Verlauf der anfangs Februar geführten Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen hat das **Reichsarbeitsministerium** dieser Tage einen neuen Versuch unternommen, um eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Es handelte sich bei den neuen Verhandlungen, die unter Leitung des Ministerialdirigenten **Meves** aufgenommen wurden, um einen besonderen Vermittlungsversuch im Weg von Parteiverhandlungen, **nicht** aber um ein amtliches **Schlichtungsverfahren**. Ein solches kommt schon deshalb nicht in Frage, weil die Unternehmerorganisation, der Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, an sich nicht tariffähig ist. Er ist ein Verband von selbständigen Vereinen und kann daher nur in Vollmacht dieser Vereine Tarifverträge abschließen. Diese Rechtslage ist durch ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 3. Dezember 1930 ausdrücklich festgestellt worden, und daraus ergeben sich Konsequenzen, die beachtet werden müssen.

In den Verhandlungen machte Ministerialdirigent Meves nach Fühlungnahme mit den Parteivertretern eine Reihe von Vorschlägen, die sich auf die Revision des am 15. Februar ablaufenden Tarifvertrages sowie auf den Abschluß eines Lohnabkommens bezogen. Nach eingehenden Erörterungen erklärten die Arbeitervertreter, daß die Vorschläge in bestimmten Punkten abgeändert werden müßten, und eine ähnliche Erklärung haben anscheinend auch die Unternehmervertreter als Ergebnis ihrer unter sich gepflogenen Beratungen abgegeben.

Für Samstag vormittag hatte der Arbeitgeberverband eine **Delegiertenkonferenz** anberaumt; im Anschluß daran wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Von den Arbeitervertretern gedrängt, eine klare Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes herbeizuführen, teilte Meves nach einer letzten Rücksprache mit den Unternehmervertretern mit, diese hätten ihm nunmehr erklärt, daß sie in den Vorschlägen des Regierungsvertreters keine geeignete Verhandlungsgrundlage erblicken könnten. Auf die Frage, an welchen bestimmten Punkten sie Anstoß nehmen, hätten die Unternehmer erwidert, daß eine ganze Reihe von Punkten für sie unannehmbar sei. Daraufhin sei der Vorschlag des Regierungsvertreters zurückgezogen worden und der Versuch des Ministeriums, eine Verständigung herbeizuführen, müsse als gescheitert betrachtet werden.

Damit dürften die Bemühungen, eine zentrale Verständigung im Holzgewerbe herbeizuführen, endgültig erledigt sein. Es ist bekannt, daß man im Reichsarbeitsministerium den Wünschen der Unternehmer nach Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen viel Verständnis entgegenbringt. Auch bei seinen Vorschlägen hat der Regierungsvertreter den Unternehmerwünschen großes Entgegenkommen bewiesen. Die im **Arbeitgeberverband** vorhandenen **auseinanderstrebenden Sonderinteressen** sind jedoch so stark, daß es der Organisation nicht möglich ist, zu klaren Entschließungen zu kommen. Dieser Zustand im Arbeitgeberverband ist nun auch dem Regierungsvertreter klar geworden. Er hat erkannt, daß er **seine Mühe an einem untauglichen Objekt verschwendet hat.**

Die Kämpfe im Holzgewerbe werden nach dem Scheitern der Verhandlungen weiter gehen. Die **Zahl der Ausgesperrten** hat jedoch bereits eine wesentliche **Verminderung** erfahren. In einer ganzen Reihe von Betrieben konnten die Arbeiten wieder aufgenommen werden, weil sich die Unternehmer bereit erklärten, auf der **Grundlage der bisherigen Vertragsbestimmungen** einen annehmbaren Toriflohn zu vereinbaren. Die Angebote von Unternehmerseite, solche Abkommen zu treffen, mehren sich von Tag zu Tag. Damit ist der Weg offen, auf den die Bewegung zum Abschluß gebracht werden kann.

•

Der Lohnkonflikt in der Herren- und Damenschneiderei. Die **Parteiverhandlungen** zur Neuregelung des Reichslohntarifs für die Herren- und Damenschneiderei, die am Donnerstag in Berlin stattfanden, sind **ergebnislos** verlaufen. Zur Beilegung des Lohnkonflikts ist ein Schlichtungsverfahren notwendig. — Der Arbeitgeberverband für das deutsche Schneidergewerbe (Adav) verlangt nach den Berechnungen des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes von den Herrenmaßschneidern nicht mehr und nicht weniger als einen Lohnabbau von 6 644 988 ℳ. Für den einzelnen Arbeiter bedeutet das eine **Lohnsenkung** um 252 auf 1188 ℳ. Der Adav will anscheinend sämtliche Herrenmaßschneider von der Lohnsteuer befreien.

Abschluß des Lohnkampfes in der Mittelbadischen Metallindustrie. In der Nummer 28 vom 3. Februar brachten wir eine Zuschrift „Abschluß des Lohnkampfes in der Mittelbadischen Metallindustrie", die folgende Ausführungen enthielt: „Allgemein fiel auf, daß der Vorsitzende während der Ausführungen des Vertreters der Metallindustriellen sich eifrige Notizen machte, bei unserm Vertreter aber Bilder malte, in seiner Mappe unruhig blätterte und allen möglichen Allotria trieb. Allgemeine Meinung der Teilnehmer: dem Herrn sein Urteil ist schon gefaßt." Hierzu teilt der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Karlsruhe mit: „Ich habe, wie aus meinen Aufzeichnungen hervorgeht, über die Ausführungen des Arbeitgebervertreters, Herrn Syndikus Dr. Walli, einerseits, über die des Arbeitnehmervertreters, Herrn Geschäftsführer Schulenburg, zwei Seiten Notizen gemacht; daß ich „in meiner Mappe unruhig blätterte" (ich habe gar keine „Mappe" gehabt, sondern eine Sammlung von Material in einem Umschlag), ist ebenso erfunden, wie die Behauptung, ich hätte während der Ausführungen des Herrn Schulenburg Bilder gemalt und allen möglichen Allotria getrieben. Wie der Verfasser des Artikels zu diesen Unterstellungen, die mich als früheren Richter und langjährigen Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Karlsruhe doppelt kränken, gekommen ist, kann ich umsoweniger begreifen, als ich die Verhandlungen stets mit der größten Ruhe leite."

Der gefährliche Berg bei Lorch a. Rh. wird abgetragen

Die Stadt Lorch mit dem Berg Nollig im Hintergrund. Seit über zwei Jahren schwebt das Rheinstädtchen Lorch in der Gefahr, durch den Abrutsch des Nollig verschüttet zu werden. Jetzt hat man sich entschlossen, den Berg einfach abzutragen. Die etwa 14 500 Kubikmeter Gestein werden zum Bau einer Uferstraße verwendet werden

Kleine bad. Chronik

Gräßliches Unglück

Dietlingen (bei Pforzheim), 16. Febr. Ein gräßliches Unglück, dem ein junges blühendes Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich heute früh gegen 7 Uhr auf der hiesigen Station der Lokalbahn. Die 16jährige Arbeiterin Liesel Bischoff kam etwas zu spät auf den Bahnhof und versuchte den schon in Bewegung befindlichen Zug nach Pforzheim zu besteigen. Das Mädchen kam dabei zu Fall und wurde unter den Wagen geschleudert, so daß die Räder über seinen Leib gingen. Der Tod trat augenblicklich ein. Der schwerbetroffenen Familie wendet sich allgemeine Teilnahme zu, zumal der Vater arbeitslos ist.

Frecher Diebstahl

Ettlingen. In der Nacht zum Samstag drang ein offenbar lokalkundiger Dieb mittels Nachschlüssels in ein Fabrikbüro ein, erbrach eine dort aufgestellte Kassette und stahl den Betrag von **etwa 600 Mark.**

Was man aus „Liebe" nicht alles tut

Mannheim, 16. Febr. Sonntag nacht gegen 3 Uhr stieg ein Mann an der Fassade eines Hauses in der Gontardstraße auf den Balkon des zweiten Stockwerkes, schlug die Scheibe der Balkontüre ein und drang in die dort gelegene Wohnung eines 33 Jahre alten Servierfräuleins ein. Die von einem Nachbarn, der den Vorgang beobachtet hatte, benachrichtigte Polizei umstellte mit dem gleichzeitig eingetroffenen Notruf das Haus, öffnete die Wohnung und fand den Täter, einen 23 Jahre alten Kaufmann, in dem Zimmer des Fräuleins vor. Bei der Durchsuchung des Zimmers wurde ein Metzgerstahl und ein feststehendes Küchenmesser vorgefunden. Der Täter hatte nach eigenem Eingeständnis die Absicht gehabt, dem Servierfräulein nach seiner Heimkehr **den Hals durchzuschneiden.** Er wurde ins Gefängnis eingeliefert.

Richtig zubereitet (drei Minuten gekocht) schmeckt der Kathreiner „soo gut, als ob er wunderwie teuer wäre!" Und dabei kostet das Pfundpaket nur 50 Pfg!

Hagsfeld. Das Fest des 25jährigen Ehejubiläums können heute Herr Maler und Tapezier Albert Mohrhardt und seine Gemahlin feiern. Herr Mohrhardt ist zugleich auch schon 25 Jahre Abonnent unserer Zeitung. Wir wünschen dem Jubelpaar alles Gute.

Grünwettersbach. Zu dem Verhalten einer Klasse Sextaner einer Karlsruher Mittelschule, worüber wir letzter Tage berichteten, wird uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß es auf keinen Fall stimme, daß die Schüler „Heil Hitler!" oder „Deutschland erwache" gerufen hätten. Die Schüler brachten lediglich ein Hoch auf den hiesigen Lehrer aus, der sie bewirtet hatte. Die Schüler sangen den ersten Vers des Deutschlandliedes. Ein Sextaner wurde beim Rauchen einer Zigarette ertappt, wurde sofort streng verwiesen.

Wertheim. Im Tunnel fand man die Leiche des Händlersohnes Kurt Engel. Der Kopf war vom Rumpfe getrennt. Was den 18jährigen Menschen in den Tod getrieben hat ist noch unbekannt.

Eberbach. Beim Eingang in den Scheuerbergtunnel wurde der 19jährige Küfer Otto Baldauf schwer verletzt auf dem Bahnkörper aufgefunden. Er starb bald nach der Einlieferung ins Bezirkskrankenhaus. Man neigt zu der Annahme, daß Selbstmord vorliegt.

* **Mannheim.** In der Nacht vom Samstag auf Sonntag versetzte ein 28 Jahre alter Taglöhner einem 31jährigen Kraftwagenführer in einem Hause der Gutemannstraße nach einem Wortwechsel mit einem Taschenmesser zwei Stiche in die Brust. Der Verletzte mußte in das Krankenhaus gebracht werden. Lebensgefahr besteht nicht. Der Täter ging flüchtig.

Lahr. In den hiesigen Betrieben der Tabak- und Zigarrenfabrikation wurde die Arbeit wieder angenommen. Allerdings wurde die 45-Stundenwoche eingeführt.

Bollschweil. Hier wurde der 36 Jahre alte Arbeiter Albert Eckert von Pfaffenweiler-Oehlingsweiler im Arbeitsunterkunftsraum des Kalkwerkes tot aufgefunden. Eckert war von Kohlenoxydgasen, die einem frisch angesteckten Kalkofen entwichen, erstickt worden.

* **Konstanz.** Am Sonntag morgen wurden in seiner gemieteten und verschlossenen Garage ein Konstanzer Wäschereibesitzer und seine Direktrice durch Kohlenoxydgas vergiftet aufgefunden. Der Mann war bereits tot, während das Mädchen im Krankenhaus wieder ins Leben zurückgerufen werden konnte. Die beiden wollten nach einer gemeinsam durchschwärmten Nacht angeblich noch eine Autofahrt unternehmen. Der nähere Sachverhalt wird durch die Untersuchung aufzuklären sein.

•

Großherzoglicher Fasching. Die leibliche Tochter des „alten" Kaisers Wilhelm, unsere vorletzte „Landesmutter" Luise, wollte auf einer festlichen Veranstaltung in Schenkenzell sich die goldbestickten, bänderreichen und buntfarbigen Mieder der Kinzigtäler Bäuerinnen näher beschauen. Besonders auffallend war das Trachtengewanderl einer reichen, jungen Schwarzwälderin. Ihre „Hoheit" redete deshalb die errötende Jungbäuerin an und befragte diese mit den Worten: „Sagen Sie einmal, liebe Frau, wann tragen Sie denn dieses wunderschöne Mieder?"

Schlagfertig erfolgte als Antwort: „An Fastnacht und wenn Sie kommen, „Königliche Hoheit"!

Letzte Nachrichten

Die neue spanische Regierung?

Paris, 17. Febr. (Funkdienst.) Havas meldet aus Madrid, daß die Verhandlungen Sanchez Guerras um die Bildung einer neuen Regierung vor dem erfolgreichen Abschluß stehen. Das Havasbüro glaubt sogar schon, eine vorläufige Ministerliste veröffentlichen zu können, die wie folgt aussieht:

Ministerpräsident Sanchez Guerra, Vizepräsident und Auswärtiges Amt Alvarez, Justizministerium Villanueva, Finanzen Bergamin, Kriegsministerium Burgos Mazo oder General Goded, Marineministerium Admiral Rivers, Innenministerium Burgos Mazo (wenn er das Kriegsministerium nicht übernimmt), Kultusministerium Ortegon Gasset; die übrigen Minister seien noch nicht bestimmt.

Die neuen Männer sollen, wie das Havasbüro weiter berichtet, **nicht mehr auf die Verfassung vereidigt** werden, da es ihre Hauptaufgabe sei, eine Reform der gleichen Verfassung vorzunehmen. Sanchez Guerra soll über sein politisches Programm schon mitgeteilt haben, daß seine erste Aufgabe die sein werde, innerhalb von drei Monaten die verfassungsgebende Nationalversammlung einzuberufen. **Während der Tagung der Versammlung müsse der König auf alle Rechte der Krone verzichten,** d. h. er könne die Nationalversammlung weder auflösen noch vertagen. Auch könne er den von ihr beschlossenen Gesetzen kein Veto entgegensetzen, oder das Ministerium zum Sturz bringen. Während der Periode der Verfassungsreform gingen alle diese Rechte auf den Präsidenten der Nationalversammlung über.

150 Millionen Ausfuhrüberschuß im Januar

Die **Handelsbilanz** im Januar ergibt bei einer tatsächlichen Einfuhr von rund 625 Millionen Reichsmark einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 100 Millionen Reichsmark. Einschließlich der Reparationssachlieferungen übersteigt im Januar der Wert der ins Ausland abgesetzten Waren die Einfuhr um 150 Millionen Reichsmark. Gegenüber dem Vormonat ist die Einfuhr um 82 Millionen Reichsmark gesunken. An der tatsächlichen Einfuhrabnahme sind zu 41 Prozent Rohstoffe und halbfertige Waren, zu 34 Prozent Lebensmittel und Getränke und zu 20 Prozent Fertigwaren beteiligt. Die Ausfuhr einschließlich der Reparationssachlieferungen ist gegen Dezember um 128 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Der Rückgang berührt fast ausschließlich auf den um 122 Millionen Reichsmark **verminderten Absatz von Fertigwaren**, der bei fast allen Industrieerzeugnissen zu beobachten ist.

Snowden gegen jede Lohnsenkung

London, 16. Febr. (Eig. Bericht.) In einem offenen Brief erklärt der englische Finanzminister Snowden, er sei gegen jede Lohnverminderung, da durch sie die ökonomische Krise nicht behoben werden könne. Niemand könne in seiner letzten Unterhausrede ein Wort vom Lohnabbau finden.

Damit ist den falschen Behauptungen der bürgerlichen Presse über die Bedeutung der letzten Snowdenrede der Boden entzogen.

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

17. Februar: 1600 Giordano Bruno verbrannt. — 1856 †Heinrich Heine. — 1919 Die Internationale gegen Kriegsgefahr und Reaktion. — 1827 †Pädagoge Joh. Hch. Pestalozzi. — 1930 Frankreich: Kabinett Tardieu gestürzt. Folgt Chautemps. — 1930 Zollfriedenskonferenz Genf.

Keine Mietpreiserhöhung für Altwohnungen

Von der Mietervereinigung e. V. wird uns geschrieben:

Während die großen Mieterorganisationen sich an die Reichsregierung wenden, um analog der Löhne- und Gehaltsabbaue eine Mietkürzung zu erreichen, hat die badische Regierung es für nötig erachtet, dem Befehl der Hausbesitzer folgend die Mieten zu erhöhen.

Es ändert sich auch nichts an dem oben Gesagten, wenn regierungsseitig gesagt wird, daß dieser Beschluß zur Erhöhung nach Anhörung der Hausbesitzer, der Mieter und der Gemeinden gefaßt worden ist. Daß gerade die **größte badische Gemeinde, Mannheim, ebenso Heidelberg, jede Verschlechterung des Mieterschutzes und jede Erhöhung der Miete abgelehnt haben, stört eben die Regierung nicht.** Daß auch in Karlsruhe nur eine Zufallsmajorität von einer Stimme die Zustimmung im Stadtrat herbeigeführt hat, ergibt auch ein anderes Bild, als wie es der Vertreter der Stadt Karlsruhe, Herr Stadtrechtsrat Gut, bei jener Sitzung zu malen beliebte.

Das Ministerium hat also beschlossen, daß die Gemeindegebühren, soweit sie den Betrag von 26 Prozent der Friedensmiete übersteigen, auf die Mieter umgelegt werden dürfen, wie ja schon in der Samstagsnummer des Volksfreund zu lesen war.

Für Karlsruhe kommt also vorläufig eine Mieterhöhung nicht in Frage, weil die Betriebskosten nur den Betrag von 24,8 Prozent erreichen.

Wir warnen deshalb die Mieter, irgend eine Mieterhöhung anzunehmen und wo versucht werden sollte, eine solche zu erreichen, ist diese unbedingt als unberechtigt abzulehnen.

Gewerkschaftsvertreter besuchen den Betrieb des Lebensbedürfnisvereins

Die Funktionäre des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Betriebsräte und Vertrauensleute, besichtigten am vergangenen Samstag die Betriebseinrichtungen und Läger des Lebnsbedürfnisvereins. Die räumlichen Hallen, Kellereien, Mehllager, Bäckerei und Konditorei, lösten Bewunderung unter den Teilnehmern aus. Unter reinlichster Reinlichkeit, hygienisch einwandfrei, sind die Waren verpackt und aufgestapelt. Der Versand ist glänzend organisiert. Was die Besucher in großes Staunen versetzte, war die Mehlreinigungsanlage. Hier wurde vorgeführt, welche außerordentlichen Mengen von Unrat sich in dem zu Brot und Brötchen zu verarbeitenden Mehl befindet. Die Anwesenden waren einstimmig der Meinung, daß eine so intensive Reinigung von Mehl nur mit einer solchen technischen vollendeten Anlage möglich ist, die in kleinen Betrieben nicht vorhanden ist. Auch die maschinellen Anlagen, die der Teigbereitung und Verarbeitung des Teigs dienen, wurden einer eingehendn Prüfung unterzogen. Die Ofenanlagen konnten während dem Vorgang des Backprozesses besichtigt werden und lösten auch hier wieder die technisch vollkommenen Anlagen größte Bewunderung aus. Der heutige Vorgang ist, vom hygienischen Gesichtspunkt aus betrachtet, gegenüber dem alten Backverfahren vorzuziehen. Kurzum, die Teilnehmer waren über die außerordentlich peinliche Reinlichkeit, die in allen Abteilungen hervortrat, sowie über die Behandlung aller Waren, die in hygienisch einwandfreier Weise vor sich geht, außerordentlich befriedigt.

Anschließend an den Rundgang, hat die Direktion die Teilnehmer (113 an Zahl), zur Einnahme einer Tasse Kaffee eingeladen, wo Erzeugnisse der eigenen Konditorei mitserviert wurden. Herr Direktor Prull hielt eine Begrüßungsansprache wobei er auf die geschichtliche Entwicklung des Genossenschaftswesens und die Aufgaben, welche die Konsumgenossenschaften in der Warenverteilung haben, sowie auch die Tätigkeit der Produktivgenossenschaften sich verbreitete. Er stellte heraus, daß die Konsumgenossenschaften mit ihren Produktivbetrieben und ihrer Warenverteilung, die unter der Voraussetzung der Gemeinschaftswirtschaft sich vollzieht, preisregulierend wirken und bisher auch gewirkt haben.

Der Kampf der Konsumgenossenschaften geht parallel mit den Kampfen der Gewerkschaften. Erstere haben sich zur Aufgabe gemacht, die zur Verteilung zu bringenden Waren möglichst billig an ihre Mitglieder abzugeben, wobei die Güte der Waren trotzdem nicht leiden darf. Einwandsfreie Ware mit hochwertiger Güte zur Verteilung zu bringen, ist oberster Grundsatz der Konsumgenossenschaften. Redner schloß in der Erwartung dessen, daß, was den Besuchern heute gezeigt wurde, die beste Agitation sein dürfte, die der Genossenschaft noch Fernstehenden, sie zum Mitglied derselben zu machen.

Koll. Koch dankte im Auftrage der Funktionäre des Gesamtverbandes der Direktion, daß sie einem großen Teile der Funktionäre die Möglichkeit gegeben hat, einen Genossenschaftsbetrieb in einer Mustergültigkeit kennen zu lernen. Er ließ zum Teil die Ausführungen des Herrn Direktors Prull Revue passieren, und wies darauf hin, daß die Arbeiterschaft bei ihren Einkäufen sich immer und immer wieder die Frage vorlegen muß, unter welchen Lohn- und Arbeitsverhältnissen die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter gezwungen seien zu arbeiten. In den Betrieben der Konsumgenossenschaften können diese als mustergültig gegenüber den Privatbetrieben bezeichnet werden. Ganz besonders trifft dies für die Betriebe und Abteilungen des Karlsruher Lebensbedürfnisvereins zu. Dieser Ansturm allein schon zwingt die Arbeiterschaft moralisch, den Konsumgenossenschaften als Mitglied und Käufer beizutreten. Man dürfe den Kampf gegen Kapitalismus und privatkapitalistische Wirtschaftsform nicht nur im Munde führen, sondern müsse zur Tat übergehen.

Diese Besichtigung von Anlagen und Betriebseinrichtungen einer Konsumgenossenschaft dürfte ihren Zweck nicht verfehlt haben, und dürfte ihr neue Mitglieder zuführen. gwk.

Aus der Unfallhilfe der Deutschen Bergwacht

Wie nötig die Einrichtungen der Bergwacht sind, kann alle Sonntage aufs neue belegt werden. So hat ein Bergwachtmann, der zum Dienst auf die Hornisgrinde zog, auf einsamer, kaum begangener Stelle, am Balzgänger, einen Touristen (Alleingänger) getroffen, der durch Sturz sich erheblich verletzte. Er hatte Glück, denn eine Verletzung am Knie bringt neben empfindlichen Schmerzen große Mühe sich fortzubewegen, insbesondere in einem so lockeren und tiefen Schnee. Wenn man bedenkt, daß schon große Kraftanstrengung dazu gehört, sich mit verletzten Gliedmaßen fortzubewegen, so weiß man nicht, wie dieser Fall ausgegangen wäre, wenn nicht die Bergwacht dazu gekommen wäre, zumal kurz vor Eintritt der Dunkelheit. Deshalb sollte kein Schiläufer allein eine Strecke gehen, die wenig begangen wird. Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß die B.W. dort vorbeigekommen ist und den Verunglückten gefunden hat.

Ein weiterer Fall kann vom letzten Sonntag berichtet werden. Auf einer Unfallstation der Bergwacht wird telephonisch mitgeteilt, daß auf der Badener Höhe ein Mann mit gebrochenem Oberschenkel liege. Pflichtgemäß wird schnell das nötige Verbandsmaterial zusammengepackt und eilig gehts allein (der andere B.W.-Mann muß auf der Station bleiben) an die der Unfallstelle am nächsten liegende unbesetzte B.W.-Station, um den Schlitten mit Tragbahre zu holen. Mit Unterstützung einiger Schiläufer gehts mühsam den Berg hinauf bis man an der bezeichnenden Stelle den Verunglückten findet, umgeben von seinen Begleitern. Sofort wird ruhig und sachgemäß ein Verband angelegt, der Fuß geschient, und auf dem Schlitten gehts vorsichtig bergab bis zum Kurhaus Sand, wo das vorher verständigte Postauto den Transport aufnimmt und zur Bahn bringt. An der Bahn wird entgegenkommend ein entsprechender Platz im Zug frei gemacht und schon gehts dem Heimatort Rastatt zu, wo das schon benachrichtigte Rote Kreuz den Transport von dem Bergwachtmann abnimmt und ins Krankenhaus leitet, wo fachmännische Weiterbehandlung stattfindet.

Nur wenige Stunden vergehen und der Verunglückte ist aus dem weißen Element der Berge durch das „grüne Kreuz" sachgemäß in Sicherheit gebracht worden. Wie würde ein solcher Fall ausgehen, wenn ungeschulte Leute ihn zu behandeln hätten?

Möge der Geist der Bergwacht in unseren Bergen immer mehr heimisch werden und alle Wanderfreunde mithelfen, daß würdiger, begeisterter Nachwuchs dafür sorgt, daß die Sicherheit den Menschen im Gebirge gewahrt wird, aber auch die Pflanzen- und Tierwelt vor dem Menschen Schutz findet. Sp.

Grundbesitzwechsel und Hypothekenverkehr

im Jahre 1930 in der Stadt Karlsruhe

Im Jahre 1930 wurden 706 (1929: 854, 1913: 1224) **Liegenschaften** im Gesamtwerte von 11,5 Millionen Mark (15,6 bzw. 20,9 Millionen Mark) **umgesetzt.** Davon waren **verkauft** worden 553 (649 bzw. 613) Liegenschaften im Gesamtwert von 9,6 Millionen Mark (13,1 bzw. 9,8 Millionen Mark); von diesen Verkäufen entfallen 234 (263 bzw. 139) mit einem Wert von 8,1 Millionen Mark (10,8 bzw. 6,1 Millionen Mark) auf **bebaute** und 319 (386 bzw. 474) Liegenschaften mit einem Wert von 1,5 Millionen Mark (2,3 bzw. 3,7 Millionen Mark) auf **unbebaute** Grundstücke. Letztere hatten eine Gesamtfläche von 3699 Ar (3261 bzw. 3690 Ar).

Es ist also im Gesamtumsatz, sowohl der Zahl der Liegenschaften wie dem Werte nach, gegenüber 1929 wie gegenüber 1913 ein Rückgang eingetreten. Und zwar war der Umsatz an **verkauften bebauten** Grundstücken der Zahl wie dem Werte nach kleiner als 1929, aber größer als 1913; es wurden der Zahl nach fast zweimal und dem Werte nach beinahe 1½mal soviel bebaute Grundstücke verkauft als 1913. Der Verkauf **unbebauter** Liegenschaften ist der Zahl und dem Werte nach kleiner als 1929 und 1913; dem Werte nach fehlen gegenüber 1913 fast zwei Drittel, gegenüber 1929 über ein Drittel.

Im Durchschnitt kostete 1 **verkauftes bebautes** Grundstück 34 740 Mark (1929: 40 947 Mark, 1928: 34 941 Mark, 1927: 36 442 Mark, 1926: 33 709 Mark und 1913: 43 932 Mark).

Im Durchschnitt kosteten 100 verkaufte Quadratmeter unbebauten Geländes 403 Mark (1929: 717 Mark, 1928: 714 Mark, 1927: 643 Mark, 1926: 511 Mark und 1913: 999 Mark).

39 (1929: 27, 1928: 21, 1927: 66, 1926: 6, 1913: 78) Liegenschaften waren im Wege der **Zwangsversteigerung** umgesetzt worden mit einem Versteigerungserlös von 1 292 300 Mark (1929: 757 700 Mark, 1928: 302 800 Mark, 1927: 1 037 900 Mark, 1926: 98 700 Mark bzw. 1913: 2 206 900 Mark).

Hypotheekeintragungen erfolgten in 2032 Fällen 1929 in 2147 und 1913 in 1117 Fällen) im Gesamtbetrag von 30,8 Millionen Mark (37,7 bzw. 19,8 Millionen Mark). Davon entfallen 1752 (1872 bzw. 774) mit einem Betrag von 28,1 Millionen Mark (32,1 bzw. 14,6 Millionen Mark) auf bebaute und 280 (275 bzw. 343) mit einem Betrag von 2,7 Millionen Mark (5,6 bzw. 5,2 Millionen Mark) auf unbebaute Grundstücke.

Seit 1926 sind Jahr für Jahr weniger Hypotheken aufgenommen: 1927: 125, 1928: 350, 1929: 552 und 1930: 115 weniger als im jeweiligen Vorjahre. Und zwar ist die Zahl der neuen Hypotheken bei bebauten Grundstücken im Jahre 1930 gegenüber 1929 um 120 geringer gewesen, gegenüber 1928 um 409, gegenüber 1927 um 626 und gegenüber 1926 um 900. Bei unbebauten Grundstücken sind im Jahre 1930 ebensoviel Hypotheken aufgenommen wie im Jahre 1929, gegenüber den früheren Jahren aber um etwa die Hälfte weniger. Etwas anders verhält es sich mit den Beträgen der neu bestellten Hypotheken. Ihr Maximum nach der Stabilisierung der Währung brachte für bebaute wie unbebaute Grundstücke das Jahr 1927. Im Jahre 1928 waren ihre Gesamtsumme um 6,2 Millionen Mark geringer, 1929 trat bei bebauten Grundstücken eine Erhöhung um 3,8 Millionen Mark ein (bei den unbebauten ein Rückgang um 1,3 Millionen Mark) und 1930 bleibt hinter 1929 wiederum um fast 6,9 Millionen Mark neuer hypothekarischer Beleihung zurück, woran die bebauten Grundstücke einen Anteil von fast 4 Millionen Mark haben. Dem Betrage nach waren also im Jahre 1930 die neueingetragenen Hypotheken um 10,6 Millionen Mark kleiner als im Jahre 1927, und zwar bzgl. bebauter Grundstücke um 5,8 Millionen Mark und um 4,8 Millionen Mark bzgl. unbebauter Grundstücke; der Rückgang gegenüber dem Jahre 1927 beträgt also 17,1 bzw. 63,8 Prozent. Die Neubeleihung **bebauter Grundstücke** war im Berichtsjahr etwa gleich so groß wie in den Jahren 1926 und 1928.

Soweit der **Zinsfuß ermittelt werden konnte**, erfolgte die Hergabe der Hypothekengelder im Jahre 1930 vorwiegend von 4 bis 12 Prozent. Es sind drei Zinsfußstufen zu erkennen, nämlich die Stufe bis einschl. 7 Prozent, über 7 bis einschl. 10 Prozent und die über 10 Prozent. In die erste Stufe fallen 24,4 Prozent der Fälle und 20,3 Prozent der Beträge, in die zweite 49,2 Prozent der Fälle und 56,4 Prozent der Beträge, in die dritte 26,4 Prozent der Fälle und 23,3 Prozent der Beträge. Die zweite Stufe (über 7 bis 10 Prozent) enthält also fast die Hälfte aller neueingetragenen Hypotheken und etwas mehr als die Hälfte aller neueingetragenen Hypothekenbeträge. Daß gegenüber dem Jahre 1929 ein merklicher Rückgang des Hypothekenzinses eingetreten ist, geht nicht nur daraus hervor, daß auf die zweite Zinsstufe (über 7—10 Prozent) jetzt 7,8 Prozent der aufgenommen Beträge weniger entfallen als im Jahre 1929, dafür aber auf die unterste Stufe 6,8 Prozent mehr, sondern auch daraus, daß innerhalb der Zinsfußspanne 7—10 Prozent eine Verschiebung nach unten eingetreten ist. Der Zinsfuß 9—10 Prozent und noch mehr, der von 8—9 Prozent hat nämlich im Jahre 1930 gegenüber 1929 zugunsten des Zinsfußes 7—8 Prozent an Bedeutung erheblich verloren, vor allem dem Betrage nach; 1929 waren 42,8 Prozent aller Beträge mit 8—9 Prozent zu verzinsen, jetzt nur 17,9 Prozent — dafür jetzt aber 30,1 Prozent mit 7—8 Prozent (1929 nur 9,9 Prozent). — Im Jahre 1913 erfolgte das Ausleihen von Hypothekengeld in der Hauptsache zu einem Zinsfuß von über 4—5 Prozent, nämlich in 63,8 Prozent der Fälle mit 81,9 Prozent der Beträge.

Bei diesen Mitteilungen über den Zinsfuß sei noch einmal darauf hingewiesen, daß bei einem großen Teil der Neubestellungen (1930: 19 Prozent), der Zinsfuß nicht bekannt ist. Betont sei auch, daß es sich bei dieser Zusammenstellung nur um den Zinsfuß bei Eintrag der Hypothek handelt, daß aber in sehr vielen Fällen der Zinsfuß schwankt (je nach dem Reichsbankdiskont).

Unbekannt war der Zinsfuß im Jahre 1930 bei 386 Hypotheken in Höhe von 4 Millionen Mark. Etwa drei Achtel dieser Fälle betreffen Grundschulden, nämlich 150 mit 2 Millionen Mark. Insgesamt umfassen die Grundschulden 21,3 Prozent aller neubestellten Hypotheken mit 19,5 Prozent des Gesamtbetrages, im Jahr 1929 20 Prozent der Fälle und 23,5 Prozent des Betrages, 1913 aber nur 0,5 Prozent bzw. 0,7 Prozent.

Löschungen an Hypotheken fanden in der Berichtszeit 1235 statt (im Jahre 1929: 1325, im Jahre 1913: 1187). Alle 1235 Löschungen hatten einen Wert von 13,8 Millionen Gold- bzw. Reichsmark (1929: 1325 Löschungen von 11,5 Millionen Gold- bzw. Reichsmark und 1913: 1187 von 14,7 Millionen Mark).

Die **Eintragungen** übertrafen die **Löschungen** der Zahl nach um 797 Fälle (im Jahre 1929 um 822) und dem Betrage nach um 17 Millionen Mark (26,2 Millionen Mark). Dagegen war im Jahre 1913 die Zahl der Löschungen um 70 größer als die Eintragungen; aber dem Betrage nach waren die Eintragungen um 5,1 Millionen größer.

Städ. Stat. Amt.

Margarete Slezak im Colosseum

Längere Zeit hat im Colosseum Kraft, Gewandtheit und Ausdauer wechselnde Triumphe gefeiert. Nun werden wieder Gesangs- und Schwankspielkunst sich die Sympathien der Karlsruher erobern. Margarete Slezak, schon durch den Namen als Tochter des Tenors Leo Slezak bekannt, ist in „Viermal Ehe" wirklich die Darstellerin. Inhaltlich plätschert das liebende Gefäusel ganz munter und frisch dahin. Mitunter sind nette Oasen delikater Komik und gewinnender Charakterisierungskunst zu verzeichnen. Im übrigen: viel Liebe, viele Ehe, viel Allzumenschliches. Aber lieblich und herzig, wenn Margarete Slezak ihr bezauberndes „Schnäbelchen" mit ungewohnter Schnelligkeit in Betrieb erhält. Dazu die mimische, darstellerische und kostümliche Anmut, Grazie und delekate Verlebendigung ihrer Rollen. Ihre Stimme ist mächtig, voll tönend, von Wärme und mitlebender Empfindung beseelt. Dazu gesellt sich noch das gewinnende Bild eines schönheitlich bevorzugten Menschen, so daß man eine reizvolle Harmonie in mehreren Dingen feststellen kann. Die Schlager purzeln wie köstliche Diamanten mit Hilfe gepflegten Geschmacks nur so hervor. Ihr Partner, Harry Payer, ist stimmlich und darstellerisch ebenfalls nicht schlecht begütert, nur glaubt man ihm nicht immer das, was er spielt. Gut empfundene Einfühlung läßt Karl Schostal bei allen seinen Rollen erkennen. Etwas aufgetragen und gequält aufbrausend die Darstellungsweise Ernst Neuhardts. Ein ganz famoser Darsteller ist Adolf Körner. Ihm paßt jede Rolle wie direkt auf ihn zugeschnitten. Blendend seine Komik. Die amerikanische Sportlerin von Margarete Slezak scheint doch etwas zu verzerrt kopiert zu sein. Die Handlung hat sich in die Zukunft geflüchtet und prophetelt auf 1950 lustig drauf los. Beweglich sind die Chat Noir Girls. Die instrumentale Würzung darf als gut bewertet werden. Anstelle des erkrankten Komponisten, Dr. Egon Neumann, führte Dirigent Para schmissig die instrumentale Leitung durch. Einzelne Liedchen entbehren nicht sympathischer Fassung. Ich glaube, die Darbietungen gewinnen, wenn sie regiemäßig etwas zusammengezogen werden. Bald drei Stunden „Ehe-Komik" zu verdauen, macht auch dem gesündesten Magen zu schaffen. Durch die Wiener Art ist alles mit Gemütlichkeit und Lustigkeit durchsetzt. In der Gesamtwertung darf das Programm als ein Zugstück angesprochen werden, dem auch wir gern den schuldigen Respekt schriftlich erweisen.

Schtr.

•

(:) **Der Ball des Vereins Karlsruher Presse** nahm am Rosenmontag in den gut besetzten Räumen des Hotels Germania einen flotten Verlauf. Die Stimmung paßte sich allgemach dem Karneval bestens an, der in den letzten Tagen bei den verschiedenen Veranstaltungen nach anfänglichem Sträuben doch wenigstens für ein paar Tage zu seinem Recht kommen will.

Im silbernen Jubeltranze. Ihr 25jähriges Ehejubiläum feiern können heute Herr Emil Krüger, Sattler, und seine Gemahlin (geb. Marx). Herr Krüger zählt zu unseren treuesten Abonnenten, denn schon über 30 Jahre ist für ihn der Volksfreund der geistige Wegweiser. Dem Jubelpaare die herzlichsten Glückwünsche und viel Glück auch für die Zukunft.

(:) **Pero Kov, Jugoslavien 1. Sieger.** Bei den Schlußkämpfen am Sonntag waren nur noch 2 Paare übrig geblieben, die in Finalkämpfen ihr bestes hergaben und die zahlreichen Anhänger in hellste Begeisterung brachten. Die Reihenfolge der Sieger ist folgende: 1. Pero Kov, Jugoslavien, 2. Julies Fehringer, Heidelberg, 3. Europameister Stolzenwald und 4. Wildmann, Ungarn.

Veranstaltungen

Café Odeon. Heute nachmittag ist Faschingskonzert und Kappen-Nachmittag. Abends findet der Odeon-Schluß-Maskenball mit Prämiierung der besten Damenkostüme statt. Als erster Preis sind RM. 50.— als zweiter RM. 25.— ausgesetzt. Näheres siehe im Inseratenteil dieser Ausgabe.

Lichtspielhäuser

Schauburg

Das Südstadtlichtspieltheater bringt wieder einen Al-Jolson-Film „Sages mit Liedern". Die Jazzlieder Al Jolsons finden immer viel Interesse und wer sein „Sonny Boy" hörte, wird wohl gerne daran denken. Auch sein diesmaliger Schlager „Ich leb nur für dich, Little Pal" ist eine Glanzleistung. Doch nicht nur als Jazz- und Liedersänger, auch als Darsteller ist Al-Jolson ausgezeichnet. Seine Szenen mit jenem Boy, die Eifersuchtsszenen in der Strafanstalt und der Schmerz und die Sehnsucht um sein verunglücktes Kind wirken überzeugend, so daß man versteht, daß dieser Film wieder, trotz der Faschingszeit, viel Publikum nach der Schauburg lockt.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Vorstandssitzung

Mittwoch, 18. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus Sitzung des engeren Vorstandes.

An die Funktionäre der SPD.

Der an die Funktionäre ergangene Fragebogen ist von einem Teil noch nicht zurückgesandt. Es wird auf diesem Wege an diejenigen, die noch nicht eingesandt haben, appelliert, den Fragebogen umgehend einzuienden.

Frauensektion

Die Generalversammlung findet am Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, in der Gambrinusballe statt. Tagesordnung: 1. Vortrag von Gen. W. Koch über „Die Sozialgesetzgebung und ihre Auswirkung durch die Notverordnung". 2. Geschäftsbericht. 3. Anträge. 4. Neuwahlen. 5. Verschiedenes. Anträge müssen bis zum 12. Februar bei der Vorsitzenden Genossin Herkert, Gustav-Specht-Straße, eingereicht werden.

Die Polizei berichtet:

Noch gut abgelaufen!

Ein acht Jahre alter maskierter Junge freute sich gestern auf dem Sonntagsplatz der Fastnacht, indem er mit einer Kinderpistole knallte. Plötzlich sprang ein Fünkchen auf den Kragen seines Maskenkostüms über, der sofort in Flammen aufging und am Hals des Kindes abbrannte. Ein Polizist und Passanten löschten die Flammen. Dem Kind wurden die Kopfhaare versengt, im übrigen wurde es wie durch ein Wunder vor weiteren Verbrennungen bewahrt.

Fahrraddiebstähle

Am Montag wurden der Polizei zwei Fahrraddiebstähle angezeigt.

Waffen in Söllingen

Gestern wurden bei verschiedenen Einwohnern in Söllingen zwei Karabiner, 3 Pistolen und etwa 150 Schuß Munition hierzu gefunden und beschlagnahmt. Nach Angabe der bisherigen Besitzer haben sie diese Waffen und Munition beim Rückzug des deutschen Heeres im Spätherbst 1918 erworben. Polizeiliche Feststellungen sind noch im Gange.

Verkehrsunfälle

Am Montag nachmittag lief in der Kriegsstraße zwischen Mendelssohnplatz und Kapellenstraße ein 10 Jahre altes Mädchen aus Unvorsichtigkeit in einen Straßenbahnzug der Linie 6 hinein und wurde zu Boden geschleudert. Es trug Hautabschürfungen und einen starken Bluterguß am Hinterkopf davon. Ein sofort hinzugezogener Arzt stellte fest, daß die Verletzungen nicht ernster Natur waren und brachte das Kind im Kraftwagen nach der elterlichen Wohnung. Den Straßenbahnführer trifft nach übereinstimmender Bekundung verschiedener Augenzeugen an dem Unfall keine Schuld. — Am gleichen Nachmittag wurde ein Kaufmann aus Worms in der Kaiserstraße, als er den Fahrdamm im Zuge der Kronenstraße überqueren wollte, von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Er kam mit leichten Prellungen davon, jedoch wurden seine Kleider stark beschädigt. Die Schuld an dem Unfall trifft den Motorradfahrer, weil er trotz lebhaften Verkehrs seine Geschwindigkeit nicht verminderte. — Vergangene Nacht wurde ein lediger Mechaniker aus Durlach auf der Karlsruher Landstraße von einem unvorsichtigen Kraftwagenführer von hinten angefahren und vom Fahrrad geworfen, wobei er sich leichte Hautabschürfungen zuzog.

Aus der Stadt Durlach

Kinderfreunde

Rote Falken: Mittwoch, 18. Febr., von ½6—½8 Uhr Arbeitsgemeinschaft über Orientierung.

Jung-Falken: Mittwoch, 18. Febr. von 3 bis 5 Uhr Arbeitsgemeinschaft über Orientierung.

Nestfalken: Samstag, 21. Febr. 3 bis 5 Uhr Schmugglerjagd.

Trommler und Pfeifer: Freitag, 20. Febr. von ½6 bis 7 Uhr Uebungsstunde.

Helfer: Freitag Vortrag des Genossen Gumbel-Heidelberg.

Eltern und Freunde! Samstag abend 8 Uhr im Darmstädter Hof Unterhaltungsabend. Wir laden alle herzlichst ein.

Veranstaltungen

Dienstag, den 17. Februar:

Badisches Landestheater: Fastnachtskabarett. 19.30 Uhr.
Colosseumtheater: Margarete Slezak in „Viermal Ehe". 20 Uhr.
Badische Lichtspiele: Der Piccolo vom Goldenen Löwen. Durchs Höllental zum Wintersport. 20.30 Uhr.
Atlantik-Lichtspiele: Es war einmal ein treuer Husar.
Gloria-Palast: Das Land des Lächelns (Richard Tauber).
Palast-Lichtspiele: Pat und Patachon als Kunstschützen.
Residenz-Lichtspiele: Die Marquise von Pompadour.
Schauburglichtspiele: Sag es mit Liedern (Al Jolson).
Union-Theater: Rhapsodie der Liebe.
Haus Köchlin, Ritterstraße 5: Hygiene-Ausstellung. 10—20 Uhr.
Friedrichshof: Fastnachtsbetrieb. 17 Uhr.
Volkshaus: Großer Schlußrummel.
Kaiserhof: Närrischer Abend.
„Zum Salmen": Großer Faschingsrummer (Bauernkapelle).
Markthof (alter Bahnhof): Kappenabend.
Kaffee Bauer: Faschingskonzert, 16. Uhr. Maskenball, 20.30 Uhr.
Moninger: Frühschoppenkonzerte. Großes Fastnachtstreiben.
Burghof, Karl-Wilhelmstr. 50: Abends: Faschingsrummel.
Kühler Krug: Maskenball, Männergesangverein Karlsruhe. 20 Uhr.
Odeon-Kaffee: Nachmittags: Faschingskonzert und Kappennachmittag; 1. Stock: Tanz — Abends: Schlußmaskenball.
Gambrinushalle: Fastnachtsrummel, 18 Uhr.
Stadt Baden, Kriegsstraße 206: Faschingsrummel.

Vereinsanzeiger

Volkssingakademie. Morgen Mittwoch halb 9 Uhr, findet im Konzerthaus eine **Gesamtprobe** statt. Anschließend Sänger- und Sängerinnenversammlung. 1811

S.P.D. Durlach. Morgen, 20 Uhr, **Mitgliederversammlung** in der Festhalle mit Bericht von der kommunalpolitischen Landeskonferenz. 747

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die neue, gestern vor der norwegischen Küste angelangte Zyklone hat sich in südlicher Richtung nach der Nordsee verlagert. Sie wird mit gleichem Kurs weiterziehen, sich aber allmählich verflachen, so daß es in unserem Gebiet nicht zu stärkerem Auffrischen der Winde kommen wird. Der allgemeine Witterungscharakter bleibt unbeständig. Zeitweise sind Niederschläge zu erwarten, die im Gebirge als Schnee fallen werden.

Wetteraussichten für Mittwoch, den 18. Februar: Keine wesentliche Aenderung.

Wasserstand des Rheins

Basel 20, gef. 4; Waldshut 207, gef. 5; Schusterinsel 74, gef. 1; Kehl 227, gef. 4; Maxau 489, gef. 5; Mannheim 318, gef. 1; Caub über 200 Zentimeter.

Schneebericht

Amtlicher Schneebericht der Badischen Landeswetterwarte vom 17. Februar 1931, 8 Uhr morgens.

Feldberg-Poststation: Bewölkt, minus 7 Grad, 220—240 Ztm. Schneehöhe, 5—10 Ztm. Neuschnee, Pulver, Schi sehr gut.

Hinterzarten: Bewölkt, minus 4 Grad, 110—120 Ztm. Schneehöhe, 10—15 Ztm. Neuschnee, Pulver, Schi sehr gut.

Ruhestein: Bewölkt, minus 5 Grad, 170—180 Ztm. Schneehöhe, 10—15 Ztm. Neuschnee, Pulver, Schi sehr gut.

Hundsbach-Biberach: Heiter, minus 5 Grad, 100—110 Ztm. Schneehöhe, 5—10 Ztm. Neuschnee, Pulverschnee, Schi sehr gut.

Sand: Heiter, minus 4 Grad, 85—90 Ztm. Schneehöhe, 12—20 Ztm. Neuschnee, Schi sehr gut.

Hundseck: Heiter, minus 4 Grad, 130—140 Ztm. Schneehöhe, 15—20 Ztm. Neuschnee, Pulver, Schi sehr gut.

Dobel: Bewölkt, minus 4 Grad, 48 Ztm. Schneehöhe, 5—10 Ztm. Neuschnee, Pulver, Schi sehr gut, Rodel mäßig.

Mummelsee: Bewölkt, minus 7 Grad, 160—170 Ztm. Schneehöhe, 15—20 Ztm. Neuschnee, Pulver, Schi sehr gut.

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: S. Grünebaum. Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Feuilleton, Die Welt der Frau: Hermann Winter. Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Ettele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe

Café Odeon
Heute nachmittag
Faschingskonzert u. Kappennachmittag
Tanz im 1. Stock Eintritt RM. 0.50
Abends:
Odeon-Schluß-Maskenball
24 Uhr: Prämiierung der besten Damenkostüme
1. Preis: RM. 50.—
2. Preis: RM. 25.—
Drei weitere wertvolle Haupt- und mehrere Trostpreise.
Eintritt RM. 1.—
Kostüm oder Gesellschaftsanzug. Anstößige Masken keinen Zutritt. 2 vergrößerte Tanzflächen. 1. Stock. Tanzdiele und Sektbüfett. Dekoration: Kunstmaler R. Dilger. Tisch- u. Kartenbestellungen rechtzeitig erbeten. Telefon 94 1807

Frische
Fische
Direkt von der See:
Für Aschermittwoch
Grüne Heringe Pfund 22 ₰
Ia Kabliau u. Schellfische im Ganz. Pfund 27 ₰
im Anschnitt Pfund 30 ₰
Brat-Schellfische Pfund 30 ₰
Kabliau-Filet zu 50 ₰
Frisch gewässerte
Stockfische
Pfund 35 ₰ 1817
Pfankuch
5% Rabatt

Achtung! Achtung!
Preis-Abbau!
Meine billigen Wurstwaren:

Hausmacher Leber- und Griebenwurst	p. ℔ 0.60 ℳ	Krakauer	p. ℔ 0.80 ℳ
Fleischwurst	p. ℔ 0.95 ℳ	Salami (i. Stück)	p. ℔ 1.60 ℳ
Bierwurst	p. ℔ 1.40 ℳ	Bratwürste	1 Paar 0.35 ℳ
Schwartenmag. (Hausm.) rot und weiß	p. ℔ 0.90	Landjäger	1 Paar 0.25 ℳ
		Mettwurst	p. ℔ 1.30 ℳ
		Dürrfleisch	p. ℔ 1.40 ℳ

OTTO BEVIER, Metzgerei 1721
Karlsruhe i. B. — Kaiserstr. Nr. 18 — Telephon Nr. 1194

Badisches Landestheater
Dienstag, 17. Febr.
Fastnacht-Kabarett
Künstlerische Leitung: Dr. Waag
Musikalische Leitung: Alle Kapellmeister
Einstudierung der Tänze: Harald, Josef Fürstenau
Ansager: Felix Baumbach
Mitwirkende: Das gesamte Personal!
Anfang 19.30 Uhr
Ende 22.30 Uhr
Preise: 1.00—9.00 ℳ 46
Mi. 18. 2. Neu einstud.: Emilia Galotti. Do 19. 2. Die Hugenotten. Fr 20. 2. Das Nachtlager in Granada. Sa. 21. 2. Zum ersten Mal: Sturm im Wasserglas. So. 22. 2. Nachmittags: Meine Schwester und ich Abds. Die verkaufte Braut. Im Konzerthaus: Wie werde ich reich und glücklich.

Colosseum
Täglich 8 Uhr
Gastspiel
Margarete Slezak
in
Viermal Ehe 1808

1719
Neue und gespielte
Pianos
empfiehlt
Ludwig Schweisgut
Klaviergeschäft
Erbprinzenstraße 4
beim Rondellplatz

Amtliche Bekanntmachungen

Nutz- und Brennholzverkäufe des Forstamts Karlsruhe-Hardt.

1. **Freihändig. Forlenabschnitte:** 300 fm I., 389 fm II., 403 fm III., 102 fm IV. Kl.; Angebote in **ganzen** Prozenten der Landesgrundpreise bis längstens **23. Februar 1931** an das Forstamt erbeten.
2. **Versteigerungen:**
   a) Am **Dienstag, den 24. Februar 1931 vormittags 9 Uhr im Haus der Freien Turnerschaft an der Linkenheimer Landstraße** aus Abt. I 11, II 25, 29, VII 1, 6, 18, 19 (Förster R. Borel, Welschneureut) **Forlenabschnitte:** 60 fm I., 72 fm II., 67 fm III., 7 fm IV. Kl.; **Brennholzstere:** 418 forl. **(Bäckerholz).**
   b) Am **Donnerstag, den 26. Febr. 1931 vormittags 9 Uhr im Anker in Blankenloch** aus Abt IV 1a, 2, 4, 5b, 6, 9a, b, 10, 11a, b, 14a, 15, 16. (Dienstbezirk Förster L. Heß, Parkhaus). **Brennholzstere:** 5 sonst. Laubh., 22 sicht., 721 forl. **(Bäckerholz),** 3 forl. Reisprügel. 472

Maßlisten für sämtl. Stammholz ab 18. Febr. und weitere Auskunft durch das Forstamt.

Zwangsversteigerung

4. V. 42/30.

Im Zwangsweg versteigert das Notariat am

Donnerstag, den 30. April 1931, vormittags 9 Uhr,

in seinen Diensträumen, Kaiserstr. 184, 2. Stock, Zimmer 10, das Grundstück des Klavierbauers Christian Stöhr, Karlsruhe auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 31. Dezember 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 31. Dezember 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschrieb:

Grundbuch Karlsruhe Band 164 Heft 3 Gemarkung Karlsruhe. **Ritterstraße 30.**
Lgb. Nr. 3413: 4 ar 56 qm Hofreite
88 qm Hausgarten
5 ar 44 qm

Auf der Hofreite steht:
ein dreistöckiges Wohnhaus mit Seitenflügel rechts mit gewölbtem- und Schienenkeller, eine einstöckige Werkstätte

Schätzungswert ohne Zubehör RM. 57 761.—
Schätzungswert mit Zubehör RM. 58 392.—

Karlsruhe, den 11. Februar 1931.
Bad. Notariat IV
Vollstreckungsgericht. 468

Sozialdemokrat. Partei Deutschlands
Ortsverein Karlsruhe
Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Friedrichshof"
Generalversammlung
Vorläufige Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Bericht der Preßkommission.
3. Beratung eingegangener Anträge.
4. Neuwahl des Vorstandes.
5. Sonstige Wahlen.
Die Parteigenossinnen und Genossen werden um recht rege Teilnahme an der Generalversammlung gebeten.
Der Vorstand. 1810

Heute von 6 Uhr an großer **Gambrinushalle**
Fastnachtsrummel
mit verstärkter Kapelle
wozu einladet Mittelfranz und Frau

Stadt Baden
Ecke Lessing- u. Kriegsstr. 206
Heute 180
Faschingsrummel

Zwangsversteigerung

4. V. 6/31.

Im Zwangsweg versteigert das Notariat am

Dienstag, den 28. April 1931, vormittags 9 Uhr,

in seinen Diensträumen, Kaiserstr. 184, 2. Stock, Zimmer 10, das unten beschriebene herrenlose Grundstück auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 22. Januar 1931 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 22. Januar 1931 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschrieb:

Grundbuch Karlsruhe Band 150 Heft 20 Gemarkung Karlsruhe. **Baumeisterstr. 52**
Lgb. Nr. 3103: 4 ar 07 qm Hofreite.
Hierauf steht:
a) ein dreistöckiges Wohnhaus mit gewölbtem Keller.
b) ein einstöckiger Seitenbau mit Küche und gewölbtem Keller.
c) eine einstöckige Werkstätte mit Wohnungen.
d) einstöckige Aborte.
e) eine einstöckige Waschküche, hinten rechts.
f) ein vierstöckiger Abortanbau an a).

Amtliche Schätzung mit Zubehör auf 39 009.50 RM.
Amtliche Schätzung ohne Zubehör auf 30 000.— RM.

Karlsruhe, den 11. Februar 1931.
Bad. Notariat IV
Vollstreckungsgericht

Wohnhaus, einstöck. preiswert zu verk. Zu erfrag. Karlsruhe-Rintheim, Jagdstr. 17.

Verkaufe sof. Nähe Karlsruhe **Wohnhaus** mit Bäckerei u. Spezerei Stall, Scheuer. Anzahl. 500 ℳ. Angeb. u. Nr 1805 a. d. Volksfrdbüro.

2—3-Zimmerwohn. gesucht von klein Fam Nur Westst. u. Mühlb. Angeb. mit Preis unter Nr. 1801 a. d. Volksfrdb.

Möbl. Zimmer mit elektr. Licht auf 1 März zu verm. B187 **Schützenstr. 82,** 3. St. r.

Frack-, Smoking-, Gehrock-Anzüge verleiht 1562 **Franz Heck,** Gartenstr. 7

Möbel gesucht gegen Maler- und Tapezier-Arbeiten. Zu erfr. unt. M. 179 i. Volksfreundb.

1 Schreibmaschine (AEG) 2 Blumentische und 1 Reißbrett zu verk. Vogesenstr 39 (Albstedl.)

Zu verkaufen: Kompl. weißes Schlafzimmer (2 Betten m. Sprungfedermatratzen u. 2 dreiteilige Matratzen) und 1 Waschtischgarnitur, alles sehr gut erhalten. Preis 250 Mark. **Hirschstraße 51,** 1. St lks., Ecke Gartenstr.

Bereits neuer **Motor** Gleichstrom 220 Volt mit Anlasser preisw. zu verkaufen **Rudolf Bastian, Michelbach** (Murgtal) Moosbronnerstraße 213

Zu verkaufen: **Kinderliegsportwag.** 25 ℳ, **Küchenschrank u. Tisch** 25 ℳ **Bürklin,** Veilchenstr. 22, 1. St. B185

Einige Fuhren **Dickrüben** zu verkaufen. **Linkenheim, Rheinstraße 48.** B186

über 100 gut erhalt.
Maß-Anzüge Mäntel, Überz.
p. 10 ℳ an in all. Gr. u. Farb., sow. **Gehrock-, Smoking- u. Cutawayanzüge. Hosen. Joppen.** neu u. gebr., sowie **Gelegenheitspost.** neue, Ia Qualität.
Anzüge u. Mäntel
staunend billig
Zähringerstr. 53a, II

Wir ziehen alle an einem Strang
Wir wissen dies und gehen deshalb mit unseren Preisen bis hart an die Grenze des überhaupt Möglichen. 1313
Nur einige Beispiele
Schlafzimmer mit Spiegelschrank . . 295.—
Wohnzimmer, eiche mit Büfett und 4 Lederstühlen . . . . . 275.—
Küche, natur las., mit Linoleum m. Kredenz, kompl. 195.—
Möbel-Krämer
Karlsruhe, Kaiserstraße 30

Danksagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem schweren Verluste unseres lieben Gatten und Vaters sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank. 1804
Elisabeth Brüstle Wwe.
und Kinder.

Wir haben zu vermieten:
Drei- und Vierzimmer-Wohnungen mit Bad und Mansarde, Brahms-, Philipp- und Sallwodastraße. Auskunft: **Brahmsstraße 18, parterre links** oder **Stefanienstraße 40, 2. Stock.** Telefon 2531

Vier-Zimmer-Wohnungen
mit eingerichtetem Bad und Mansarde, ebenso mit Garage, Gartenstraße 3 (bei Ritterstraße).
Vier-Zimmer-Wohnung mit Bad und Mansarde. August-Dürr-Straße 6.
Vier-Zimmer-Wohnung mit eingerichtetem Bad, Mansarde und Zentralheizung. Weiherheimer Allee (Ettlinger Tor). 1803
Näheres **Stefanienstraße 40, 2. Stock.** Telefon 2531

Gaggenauer Anzeigen

Die nächste Mütterberatungsstunde findet am Mittwoch, den 18. ds. Mts., nachm. von 2 bis 3 Uhr, im Rathaus (Bürgersaal) der Stadtgemeinde Gaggenau statt.

Gaggenau, den 16. Februar 1931.
Der Bürgermeister:
J. V.: B. Frik.

Krüppelberatungsstunde.

Am Mittwoch, den 11. März 1931, vormittags 10¼ Uhr, findet in Rastatt im Rathaus der Stadt, Krankenhaus in den Räumen der Mütterberatungsstunde, Eingang Rheinstorstraße, die diesjährige Beratungsstunde für die Krüppel (Erwachsene und Kinder, mit Ausnahme der Kriegsbeschädigten) des Stadt- und Landbezirks Rastatt statt unter Leitung des Herrn Professors Dr. Baisch statt.

Soweit zur Beteiligung an dieser Besprechung eine Fahrpreisermäßigung gewünscht wird, wolle ein solcher Antrag auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8, bei Herrn Regele gestellt werden.

Gaggenau, den 16. Februar 1931.
Der Bürgermeister:
J. V.: B. Frik.